

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt
Riesau Nr. 22
Postfach Nr. 22

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wessenberg, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptamts Meißner bezirksgericht bestimmt Blatt.

Postkonton.
Dresden 1490.
Zirkel:
Riesau Nr. 22.

Nr. 111.

Freitag, 13. Mai 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 3 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 20 Pfennig; die 20 mm breite Zeile mit 100 Pfennig. Zeitungs- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, keine Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Kündigungsfrist: 14 Tage. Rückzahlung des Bezugspreises erfolgt nur auf Verlangen des Abnehmers. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Goethestraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Gittlich, Riesau.

Die Vorarbeiten zum Reichsschulgesetz.

In den kommenden kulturpolitischen Kämpfen gehört in erster Linie das Reichsschulgesetz. Die Grundlinien des Gesetzesentwurfes werden zwar im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister von dem neuen Leiter der Kulturredaktion, Ministerialdirektor Wellenbach bestimmt werden, aber die Frage, wer die Einzelberatung des Gesetzesentwurfes übernehmen soll, ist noch offen. Wie wir hören, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Reichsinnenminister und dem Zentrum statt, die zunächst bezwecken, an Stelle des bisherigen Referenten, des Ministerialrates von Zahn sich auf eine beiden Fraktionen angenehme Persönlichkeit zu einigen. Sobald diese Besprechungen zum Abschluß gelangt sind, wird das Reichsinnenministerium mit den Regierungsparteien in Fühlung treten, um ihre Forderungen für das künftige Reichsschulgesetz entgegenzunehmen. Angesichts der unverkennbaren Schwierigkeiten wird, wie von uns bereits angebeutet wurde, das neue Reichsschulgesetz vom Reichstag erst im Herbst verabschiedet werden können. Die Anhänger der Konfessionsschule sind nun gegenwärtig am Werke, mit allem Nachdruck auf die kommenden parlamentarischen Verhandlungen einzuwirken. Es sei nur auf die Tätigkeit des Reichsleiters hingewiesen, die mehrere Millionen Mitglieder zählt und der auf seiner letzten Tagung sich einstimmig für die Konfessionsschule eingesetzt hat. Auch die katholischen kirchlichen Kreise enthalten jetzt eine rege Tätigkeit in derselben Richtung. Es sei nur auf den Direktionsrat der deutschen Bischöfe hingewiesen, in dem eine Schule verlangt wird, in der die katholischen Kinder von treu-katholischen Lehrern im Geiste des katholischen Glaubens unterrichtet und erzogen werden.

Der Haltung der Deutschen Volkspartei zum Reichsschulgesetz kommt nun besondere Bedeutung bei. Entgegen ihrer liberalen Auffassung wendet man sich hier gegen die Bestrebungen, die darauf hinführen, die Schule der Kirche unterzuordnen. Man weist vor allem auf die Reichsverfassung hin. Im Artikel 146 der Reichsverfassung ist die Gemeinschaftsschule als Regel festgesetzt, und zwar mit obligatorischem Religionsunterricht für jede Konfession. Die Verfassung gewährt aber, um den anderen Bedürfnissen entgegenzukommen, im Absatz 2 des Artikels 146 als Ausnahme außerdem überall, wo es auf Antrag der Erziehungsberechtigten gewünscht wird, und ohne Störung eines geordneten Schulbetriebes geschehen kann, auch Schulen eines bestimmten Bekenntnisses oder einer Weltanschauung. Damit hat die Reichsverfassung die Schulfrage grundsätzlich geregelt. Für die Ausführung ihrer Grundzüge und namentlich für die Regelung der eben dargelegten Ausnahmen von der Gemeinschaftsschule hat sie ein Reichsschulgesetz vorgegeben, das nunmehr verabschiedet werden soll. Der Kampf geht nun darum: Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule? Die Deutsche Volkspartei erklärt nun, daß diese Frage durch die Reichsverfassung ja grundsätzlich in dem Sinne entschieden sei, daß die Gemeinschaftsschule die Regel sein soll. Da nun die Reichsverfassung schon wiederholt Anlaß zur Kritik gegeben hat, verlangt jetzt das Zentrum die Gleichstellung der Konfessionsschule mit der Gemeinschaftsschule. Da diese Forderung im Widerspruch zur Reichsverfassung steht, würde ein Reichsschulgesetz, das die Gleichstellung der Konfessionsschule mit der Gemeinschaftsschule fordert, einen verfassungswidrigen Charakter tragen und somit vom Reichstag mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden müssen.

In den parlamentarischen Kreisen hat man im Hinblick auf die letzten Arbeiten der Generalassembel die Hoffnung, daß die deutschnationale Fraktion nicht einfach über die Forderungen weiter ihrer Anhänger hinweggehen könne und erwartet bei den kommenden interfraktionellen Besprechungen ein Entgegenkommen der deutschnationalen Fraktion an die liberalen Auffassungen weiter Volkstreu.

Preußen und das Reich.

Scharfe Angriffe des preussischen Ministerpräsidenten gegen das Reich.

Berlin, 12. Mai. Zu Beginn der zweiten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten ergriff Ministerpräsident Brauns das Wort zu einer Rede. Er äußerte sich zunächst über die Angelegenheit der Wahl des preussischen Vertreters zum Verwaltungsrat der Reichsbahn. Es gäbe auch noch eine Reihe anderer Dinge, die trotz jahrelanger Verhandlungen und trotz der Zustimmung der zuständigen Reichsminister bis heute nicht erledigt worden seien. Witternd wurde dabei der Staatsgerichtshof eingeschrieben, daß Preußen nicht nur ein moralisches Recht, sondern auch einen formal juristischen Anspruch auf die Stelle des Vertreters im Verwaltungsrat der Reichsbahn habe. Dieses Recht für Preußen bestünde ausdrücklich. Preußen werde daher von der Reichsregierung fordern müssen, das das verlebte Recht Preußens wiederhergestellt und der von Preußen in den Verwaltungsrat der Reichsbahn vorgeschlagene Vertreter entsandt werde. Ministerpräsident Brauns fortführend: Auch bezüglich des preussischen Eigentums, das nach dem Reges von 1803 rückfallsfähig sei, sei trotz jahrelanger Verhandlungen nicht an Preußen ausgeliefert worden. Der Ministerpräsident betonte, daß die ungeschicktesten Bedingungen gestellt würden, so daß er den Eindruck erhalten habe, daß gewisse Reichsministerien Preußen zum Wehen halten wollten. (Oder! Oder!) Er halte sich verpflichtet, nach jahrelangen fruchtlosen Verhandlungen hiermit mit aller Deutlichkeit diese Forderungen zu treffen. Es ließe ihm zu keinem großen Bedauern nichts anderes übrig, als den Staatsgerichtshof einzusetzen. Wie, besonders Winterlich habe es

Sächsischer Landtag.

Kleinrentner- und Kriegsbeschädigtenfürsorge. — Arbeitswesen und Arbeiterschutz

12. Dresden, 12. Mai 1927.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Wahl eines Abgeordneten in den Ausschuss für die Landesversicherungsanstalt „Sächsisches Heim“ an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Dr. Blüher (D.P.). Die Wahl entfällt auf Abg. Franz Schilling (Soz.) mit 42 Stimmen, während Abg. Großmann (D.P.) nur 41 Stimmen erhält. Die Tagesordnung umfaßt 25 Punkte. Zunächst findet die Beratung über Kap. 24, Abt. B.

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium

In Verbindung mit dem Kap. Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtsvereine und mehreren Anträgen. Der Bericht erstattet Abg. Müller-Planig (Soz.). Er beantragt namens des Ausschusses Genehmigung der Einkommens- und Ablehnung des Gehaltes des Arbeitsministeriums.

Zu Kap. 28, Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtsvereine, liegen zahlreiche Anträge auf Erhöhung der Einkommens- und des Sonderzuschusses an Betriebsfürsorgeverbände um 7 Millionen Mark, die Kommunisten Mittel für die Internationalen Arbeiterhilfe usw.

Abg. Großmann (Dn.) begründet seinen Antrag auf durchgehende Reform der Versorgung der Kleinrentner und Kriegsbeschädigten. Er bittet die Regierung, bei der Reichsregierung auf baldige Verabschiedung eines neuen Rentenversicherungsgesetzes zu drängen und die Grenze, in welcher das Vermögen der Unterhalteten nicht gekürzt werden darf, von 5000 auf 10 000 Mark zu erhöhen.

Abg. Graupe (Soz.) vertritt einen Antrag seiner Fraktion, der sich mit der Durchführung des Reichsversicherungsgesetzes in Verbindung mit der Ausführungsordnung zum sächsischen Wohlfahrtsgesetz und den Siedlungsbestrebungen der Kriegsbeschädigten befaßt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der sich gegen die Kürzung der Höchstgrenze in der Erwerbslosenfürsorge wendet, wird vom Abg. Siegmund (Soz.) begründet, ein den gleichen Gegenstand betreffender kommunistischer Antrag vom Abg. Schreiber (Komm.).

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert Schutzmaßnahmen für Heimarbeiter; kommunistische Anträge beschäftigen sich mit der Arbeitslosen-, der Notlage der Heimindustrie und dem Arbeitslosenrecht.

Die Ansprache

Aber sämtliche Punkte eröffnet Abg. Dr. Schmidt (Komm.). Er bezeichnet den Arbeitsminister als den Vertreter der Interessen des Bürgertums und der Industriellen und als einen Vertreter der Arbeiterklasse. Redner tritt weiter für die kommunistischen Anträge ein, verlangt Einreden der Regierung für den 12. Juni, die 7-Stundenarbeit und das gesetzliche Verbot der Überstunden und verlangt, daß der Landtag die Zustimmung der sächsischen Regierungserteiler im Reichstag zum Arbeitslosenrecht nicht erteile.

Abg. Müller-Planig (Soz.) kommt nochmals auf die bereits viel erörterte Hypothekensachenangelegenheit des Arbeitsministers Elmer zurück und hält den Vorwurf einer Bevorzugung des Ministers aufrecht. Seine Partei sei gegen den beabsichtigten Abbau des Arbeitsministeriums. Trotz der Kritik des Landtages sei im Report des Arbeitsministeriums noch nichts geändert worden.

Abg. Franz Dr. Ullrich (Dem.) erklärt, ihre Partei werde die Minderheitsanträge ablehnen, da die dafür erforderlichen Mittel besser für den Wohnungsbau Verwendung finden könnten. Dem Antrag auf Reformierung der Fürsorgeanstalten würden ihre politischen Freunde zustim-

men. Notwendig sei die baldige Einbringung einer Vorlage für ein Kleinrentnerfürsorgegesetz.

Ministerialrat Dr. Raier bittet um Annahme des Antrages auf Einleitung von 10 000 M. für Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen.

Abg. Voigt (D.P.) lehnt die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zu Kap. 23 ab und verlangt Ausschüsse auch für die Frauenschule des Verbandes für christlichen Frauenleuten, wenn man die andere Frauenschule berücksichtige. Bei der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Höchstgrenze der Erwerbslosenfürsorge habe es sich nicht um einen Abbau der Fürsorge, sondern das Reich versuche nur, seine Pflichten gegenüber den Erwerbslosen auf die Gemeinden zu übertragen. Heute sei noch nicht die Zeit, sich ein abschließendes Urteil über das Arbeitslosenrecht zu bilden; es fehlten noch die Erfahrungen. Gegenüber einer Behauptung des Abg. Graupe (Soz.) in der letzten Sitzung, er (Abg. Voigt) habe sich bei einer sozialistisch-kommunistischen Regierung um eine Stellung gebowden, stellt Redner fest, daß er vom deutschen Gewerkschaftsbund als Gewerkschaftskontrolleur empfohlen worden sei.

Arbeitsminister Elmer lehnt es ab, hier über seine persönlichen Verhältnisse Auskunft zu geben. Im Hinblick habe man die Hypothekensachenangelegenheit nicht berührt, weil von dort die Öffentlichkeit nichts erfahren dürfe. Man möge die Anschuldigungen unter Ausschluss der Immunität wiederholen, dann würde er dagegen vorgehen können.

Abg. Büttmann (Dn.) nimmt die Erziehung in den Fürsorgeanstalten gegen die erhobenen Angriffe in Schutz und erklärt, ohne die körperliche Strafe sei nicht immer ausgemittelt.

Darauf findet ein Antrag auf Schluß der Aussprache Annahme.

Das Gehalt des Ministers wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt. Die Nationalsozialisten fehlten bei der Abstimmung.

Kap. 24, Abt. B, wird sodann genehmigt, ebenso die Kap. Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtsvereine. Die hierzu vorliegenden Minderheitsanträge werden abgelehnt, mit Ausnahme des Antrages, der 10 000 Mark für den Arbeitslosen- und Sportbund Leipzig fordert. Die mit den Sozialisten verhandelten Anträge gehen an den Haushaltsausschuß A.

In der fortgesetzten Beratung wird Kapitel 26, Arbeitswesen und Arbeiterschutz, nach kurzer Beratung genehmigt.

Außer den Ausschussanträgen finden noch zwei sozialdemokratische Minderheitsanträge Annahme, die Regierung zu ersuchen, dafür besorgt zu sein, daß alle bei den Schwerebeschädigten-Abteilungen gemeldeten offenen Stellen registriert und in den Diensträumen öffentlich bekanntgegeben werden und die sogenannte „nachgehende Arbeitslosenfürsorge“ wieder in vollem Umfang durchgeführt wird.

Ein umfangreicher sozialdemokratischer Antrag fordert Beschäftigungsbekanntmachungen.

Abg. Raupach (Soz.) begründet den Antrag und behauptet, die Industriellen und die bürgerlichen Kreise überbaut hätten nichts übrig für die Jugend.

Abg. Ober (Soz.) vertritt einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, die oberen Verwaltungsbehörden anzuweisen, den von der Handelskammer Plauen am 2. 2. 27 gefassten Beschluß betreffend die Anleitung von Berendern des Orthopädie-Mechaniker-Gewerbes durch Handagisten wieder rückgängig zu machen.

Schließlich wird vom Abg. Meier (Komm.) ein Antrag seiner Partei auf Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes zum Schutze der arbeitenden Jugend begründet.

Die gemeinsame Beratung der letzten drei Anträge soll in der nächsten Sitzung, die Dienstag nachm. 1 Uhr stattfindet, erfolgen.

habe sich wieder die Stimmlosigkeit der Bestimmungen der Reichsverfassung über die Provinzialvertreter gezeigt. Dieser Fall habe gezeigt, daß bei den wichtigsten, die preussischen Staatsinteressen berührenden Fragen der preussische Einfluß bis zu einem gewissen Grade im Reichstag dadurch vermindert werde, daß Provinzialvertreter gegen die preussische Staatsregierung stimmen. (Zuruf rechts: Gottseidank!) Man könne angesichts der jetzigen Stimmung in den Ostprovinzen nicht annehmen, daß die Provinzialvertreter auf Befehl ihrer Provinz gestimmt haben; es bleibe nur der Schluß, daß sie sich bei ihrer Abstimmung mehr von ihrer parteipolitischen Einstellung leiten lassen. Es sei eine Anomalie, daß im Reichstag als der Vertretung der Länder außer den Landesvertretern auch Vertreter seien, die nicht einmal nach den Bestimmungen ihrer Provinzen, sondern nach ihrer politischen Einstellung stimmen. Auf die Dauer könne diese Bestimmung der Reichsverfassung nicht aufrechterhalten werden.

Ministerpräsident Brauns wandte sich mit besonderer Schärfe dagegen, daß, während das Reich im vorigen Jahre 42 Millionen für den Osten zur Verfügung gestellt hätte, es heute für sämtliche bedrückten Gebiete indogest nur 20 Millionen zur Verfügung stelle. Mit besonderem Nachdruck wies der Ministerpräsident die Behauptung des Grafen von Helldorf zurück, daß in Preußen eine Miswirtschaft herrsche. Man könne vielmehr von einer Miswirtschaft in Preußen vor dem Kriege sprechen insofern, als es damals eine Außenberückung gegeben habe.

Gasth. Stadt Hamburg.
 Sonnabend, 14. 5. Nachmittags.
 Von abends 7 Uhr ab. **Spiele**, später
 frische Würstchen und **Salat**.
 Kurt Horn u. Frau. Telefon 337.

Gasthof Mergendorf
 Morgen Sonnabend abends 7 Uhr
 nach vollendeter Renovierung
große Saal-Einweihung
 bestehend in
Konzert und Ball.
 Paris mit Speisen und Getränken bestens auf
 und jede werbe Geschäftsleute, Gönner und Be-
 kannte dazu freundlich ein. Paul Röber.

Café Schaaf, Grubnitz
 bringt seine Bekanntheit in freundliche Erinnerung.
 R. Bier, gute Weine, vorzügliche Küche.
 Spezialität: **Schlafschokolade** mit Kakaobutter.
 Oskar Schaaf und Frau.

Café Weiß, Seerhausen
 Sonntag, den 15. Mai
großes Preischießen
 vom Schießklub 1926, Seerhausen.
 Wertvolle Preise.
 Anfang 1 Uhr. Preisverteilung 7 Uhr.
Nach diesen Tanzkränzchen
 im Gasth. Freunde und Gönner des Schießsports
 laden ein. Schießklub 1926, Seerhausen
 und die Wirte.

Konzert- u. Ballhaus Sageritz.
 Sonntag, den 15. Mai 1927
Theater-Aufführung
 unter Mitw. v. M. v. S. M. v. B. Bildenbain.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Aufführung 9 1/2 Uhr.
Nach dem Theater feiner Ball.
 Hieran ladet freundlich ein. Def. Max Wolf.

Drucksachen
 aller Art liefert
 schnell u. preiswert
Langer & Winterlich
 Goethestraße 59.

Motorrad (DKW)
 1,5 PS, zu verkaufen
 Melchner, Weida.

Neues Gabeltonnen
 zu verk. Bismarckstr. 31, 1. r.
2 Subren Bieredünger
 abgabeb. Schützenstr. 11.

Achtung Hausfrauen!
 Alle Tische und Schüsseln nicht vergessen!
 Treffe Sonnabend auf dem Albertplatz mit einer
 großen Sendung prima **Seufgurten**, 3 Stk. 35 Bg.,
 3 Stk. nur 1 M., **saure und Pfeffergurten**, 4 Stk.
 25 Bg., **englische Bettbezüge**, 7 Stk. 50 Bg.,
 extra große 4 Stk. nur 50 Bg., sowie **Wäsche**,
Senften, **Sitzstühle** und verschied. mehr zu
 billigsten Preisen ein. Erkennlich durch Plakat.
 I. V. Weber aus Chemnitz.

Achtung!
 Prima ostpreussische
Kühe und Färsen
 hochtragend und mit Kä-
 bern, stehen dauernd preis-
 wert unter günstigen Ab-
 lungsbeding. zum Verkauf.
Thomas, Vaindorf, Tel. Amt Kislervordia 183.
 Bahnstation Gröbzig bei Riesa.

Amtliches.
 Freitag, den 20. Mai 1927, vorm. 10 Uhr,
Öffentliche Bezirksauschussung
 im Verhandlungslokal der Amtshauptmannschaft.
 (Fortsetzung der Sitzung vom 19. 5. 1927.)
 Großenhain, am 11. Mai 1927.
 Der Amtshauptmann.

Sonnabend, den 14. Mai 1927, sollen ver-
 kauft werden: 9 Uhr vormittags im gerichtlichen
 Plandraum 1 Spornsteppich; 11 Uhr vormittags
 in Gröbzig (Gasthof Gröbzig) 1 Büfett.
 Riesa, den 13. Mai 1927.
 Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Aufgabe betr.
 Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom
 9. Mai 1927, Aufgabe betr., machen wir hiermit
 besonders noch darauf aufmerksam, daß die bis
 1. Juni d. J. in der erhaltenden Anzeigen für be-
 reits bestehende oder in der Ausstellung begriffene
 Aufgabe zunächst nur Auskunft geben müssen über
 den Namen und Wohnort des Besitzers, Standort,
 Art und Tragfähigkeit, wenn möglich auch über
 Geschlecht, Beschäftigungsjahr und Fabriknummer
 jedes Aufgabs.
 Riesa, am 12. Mai 1927. Sam.
 Der Rat der Stadt Riesa, - Baupolizeiamt -

Freibank Wehlthener.
 Sonnabend nachmittags 5 Uhr frisches Rindfleisch.

Probewaischen
 im Hotel Kronprinz findet
 erst heute statt.

Gasthof Sülbitz.
 Sonntag
Ballmusik

Gasthof Radewitz.
 Sonntag, den 15. Mai
feiner Jugendball.

Achtung!
Gasthof Canitz.
 Sonntag, den 15. Mai
großer Raubfischerball
 verbunden mit Preis-
 schenken und Ausloten
 eines **Raubfischerball**,
 - Anfang 7 Uhr -
 Hieran laden freundl. ein
 der Wirt u. der Vorstand.

Gasthof Bornitz.
 Sonntag, den 15. Mai
 nachm. 7 1/2 Uhr **großes**
Preis-Skaten.
 Trostpreis 1 Wagenwerk.
 Freundlich ladet ein
 Heinrich Vorkf.

Winklerkrag Strehla
 Sonntag, den 15. Mai
öffentl. Tanz
 Anfang 5 Uhr.
 Freundlich laden ein
 Oskar Jermert u. Frau.

Gasthof Rogewitz.
 Sonntag, den 15. Mai
öffentliche Ballmusik
 wozu freundlich einladet
 W. Robisch.

Alle Post, Standis.
 Sonntag, den 15. Mai
 die schönst bekannten.
Dresdner
Elita-Sänger.
 Beste Luthertisch-Gesellschaft.
 Direktor Willy Hauke
 Vorsitzl. Schauspieler
 prima Quartett-Sänger
 ausgezeichnete Solovoxisten.
 Außer dem großen Solo-
 stelle neue Schlager-
 Stücken ladet erachtet ein
 Alfred Thieme.

Gasthof Nöbeln
 Sonntag, den 15. Mai
Öffentliche Ballmusik
 wozu freundlich einladet
 R. Dreißig.

Gasthof Bahra.
 Sonntag
Ballmusik.

Gasthof Pentwitz.
 Sonntag: **Ballmusik.**

Carl- u. Hübnerbesitzer!
 Ca. 50 m Gartenschlauch,
 auch geteilt, u. **Roschen-
 mühle** äußerst billig
 zu verkaufen.
 Zu verk. im Tagebl. Riesa.

6 Ztr. Heu
 zu verkauf. Widris 24 m.

Jeden Tag
junge Gänse
 verkauft
 R. Ouedorf, St. H. H.

Warzen!
 Lederhede, Tätowierungen,
 Fäulen und Kohlenhede,
 Ölschmerzen beseitigt un-
 schmerzhaft **Winters Universal-
 mittel "Wodo"**. Verkauf:
 Zentral-Drog. Förster,
 Hauptstr. 87, Post.

Ein trauer Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.
 Nach langen schweren Leiden erlöste am Donnerstag nachm.
 ein sanfter Tod meine herzbegehrte liebe Frau, treuversorgende Mutter
 ihrer lieben Kinder, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter

Frau Anna Neuber
 geb. Franz im Alter von 59 Jahren.

Riesa,
 13. Mai 1927.

In tiefer Trauer
Edmund Neuber und Kinder
Familie Willy Weinhold.

Die Beerdigung findet Montag, den 16. Mai, nachm. 1/2 Uhr vom
 Trauerhaus, Friedrich-Liessstraße 8, aus statt.

Vereinsnachrichten

RSV. Jugendleistungssport.
 Motorsportklub Riesa 1926. Sonntag, 15. 5. 27.
 1 Uhr nachm. Start zur Durchfahrt des Klubs
 Lommasch.

Mittlerverein Weiba. Morgen Sonnabend zum
 Marinieren. Sonntag mit Schiff nach Gröb-
 zig. Sammeln früh 7.45 Uhr Edelweiß. Abends
 Boderien. Regie Teilnahme mit Angerhör. am
 Turnverein Gröbzig (V). Zur Fahnenweihe im
 Frauenbau Sonntag, 15. Mai, Abfahrt früh
 6.55 Uhr bis Gröbzig. Stellen 6 Uhr im Unter-
 Räderabend gegen 7 Uhr.

Der Turnverein Riesa
 beabsichtigt, eine weitere
Männerabteilung
 (Gymnastikabteilung)
 einzurichten. Termin: Donnerstag
 8-9 Uhr abends. Herren, die gewillt sind, dieser
 Abteilung beizutreten, wollen sich bis spätestens
 Dienstag, 17. Mai, im Geschäftszimmer des Vereins
 (Bettiner Hof) schriftlich melden. Kosten 75 Pf.
 monatlich (monatlicher Vereinsbeitrag). Ueber Be-
 ginn erfolgt Benachrichtigung. Der Turnrat.

Den echten Magen-Inspektor
 (Der köstliche Weinweinst-Ärztlerfür)
 erkennt man am Bilde des Cafel Brägg auf
 der Flasche und an der Firma **Knaus & Sch-
 mann, Weinböhla.** Beim Einkauf achte man
 darauf. Erbittlich in den einschläg. Geschäften.

Achtung! Billige Leipziger!
 Handfrauen Schüsseln mitbringen!
 Ein Vollen prima 3 Bld. 95, 1 Bld. 35,
 Weißschneid 3 und 4 Stk. 25 Bg.,
 saure Gurken 3 und 4 Stk. 25 Bg.,
 Saure Kollsch. 10 Stk. 60 Bg.
 Paul Arnold, Arthur Gärke.

Abchlächtere Riesa, Schützenstr. 19, Tel. 273.
 empfiehlt
prima jung. Fleisch
 und hochfeine Wurstwaren.
 Otto Gundermann.

Wegen dringender Baranichaffung
 einige Praterexemplare in echten grünen
 und kleineren Perforationsplatten sehr preiswert
 abzugeben. Offerten unter I. L. 4606 an das
 Tageblatt Riesa.

Trisforchung. Krankheitsbefund aus d. Regen-
 bogenhaut (Tris). Behandlung
 alter u. frischer Leiden durch **Somnotherapie, Bio-
 chemie, Naturheilbehandlung.** Beste Erfolge!
 Jeden Sonnabend **Erkrankende in Gröbzig**
 bei Riesa. Ortsteil Langenberg Nr. 13 von
 11-5 Uhr. Kurt Timme, Trisforch. u. Heil-
 kund., Dresden-K. Holbeinstr. 43, Tel. 35796.

Am Donnerstag vormittag verschied
 nach kurzem schweren Kranklager
 mein lieber guter Gatte, Sohn, Schwie-
 gersohn, Schwager, Onkel, Enkel u. Noffo

der Feilhändler
Rudolf Petruseck
 im Alter von 28 Jahren.
 Großenhain, am 13. Mai 1927.

Die Beerdigung erfolgt Montag vor-
 mittag 11 Uhr von der Halle aus.

Ein trauer Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.
 Nach langen schweren Leiden erlöste am Donnerstag nachm.
 ein sanfter Tod meine herzbegehrte liebe Frau, treuversorgende Mutter
 ihrer lieben Kinder, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter

Frau Anna Neuber
 geb. Franz im Alter von 59 Jahren.

Riesa,
 13. Mai 1927.

In tiefer Trauer
Edmund Neuber und Kinder
Familie Willy Weinhold.

Die Beerdigung findet Montag, den 16. Mai, nachm. 1/2 Uhr vom
 Trauerhaus, Friedrich-Liessstraße 8, aus statt.

Verloren!
 auf dem Wege von Rie-
 sein **Handkoffer** über
 Sol. Röhren nach Riesa
 braune **Wollstoffe** mit
Goldstickerei. Der ehrliche
 Finder wird gebeten, die-
 selbe an. **Belohnung** abzu-
 C. Schneiderling, Riesa
 Lommascher Str. 1
 (ehem. **Blauer-Röhren**)
 Am anerkennlichen Herren
 suchen sofort lauderes
möbl. einladendes Zimmer
 für **wöchentlich 4 Tage**.
 Gut. auch Einzelzimmer.
 Hauptstr. Röhre Albertplatz
 bevor. Angeb. mit Preis
 u. L. a. b. Tagebl. Riesa.
 Wer selbst Geschäftsmann
500 Mk.
 oeg. Verzinsung? Sicher-
 heit vorhanden. Nr. u. J. 40
 an das Tageblatt Riesa.

1 jung. saubere Frau
 f. leichte, angenehme Arbeit
 für einige Tage wöchentl.
 per sofort zu u. d. t. Zu
 meld. bei Friedrich, Hotel
 Kronprinz, Hauptstr.

Ein feines
Mädchen
 für landwirtschaftliche Ar-
 beiten wird sofort gesucht
 (Familienanstellung).
 Scherrau (b. Lommasch)
 Nr. 8.

reiche Auswahl
 in
**Glas-
 Porzellan-
 Steingut-
 Emaille-
 Zink-
 Blech-
 Sol. Stahl-
 Waren etc.**
 Anden Sie
 zu niedrigen Preisen
 im
Rieser Kaufhaus
 Wettauerstr.
 Ecke Wilhelmstr.

Jung. Knecht, Mann,
 dessen Wunsch ist
Chauffeur
 zu werden, sucht ebedent.
 Herrn, der ihn in den
 Abendstunden, ansernt. W.
 Of. u. H. 69 a. b. Tagebl. Riesa.

kommt in den nächsten
 Tagen und nimmt noch
 Aufträge für Stimmungen
 entgegen
B. Zeuner
 Pianomagazin
 Riesa, Hauptstraße 73
 - Telefon 886. -
 Ein **Handbefeuchter**
Älterer Schulstange
 f. leichte Arbeit, sof. gesucht.
 Zu melden bei Friedrich,
 Hotel Kronprinz, Hauptstr.

Belmer Sieder
 kann mir in den freien
 Stunden 2 Röhren anfertigen?
 Material vorhanden. Sol.
 Vna. u. K. 60 a. b. Tagebl. Riesa.

Herrenrad
 fast neu, zu verkaufen
 Bismarckstr. 79, 1. r.

Verzinktes
**Draht-
 geflecht**
Stacheldraht
Feinstergaze usw.
 empfiehlt billigst

Paul Schleritz
Glaubitz.

Gelegenheitskauf!
 Fabrikneues, noch nicht
 gebrauchtes
 Herren-Rad Nr. 68. -
 Damen-Rad Nr. 71. -
 bei 8. - W. Ausgabe u.
 1.25 M. wöchentl. Raten
 abzugeben. Anfragen unt.
 N 68 a. b. Tagebl. Riesa.

Sensen
 prima Qualität
 Sächs.
 Wetzstein
 Dangel-
 werkzeuge
 Röhrenhaken
 usw. empfiehlt billigst

Paul Schleritz
Glaubitz.

Maler-Beim
 käuflich und trocken in 1/2
 u. 1/4-Üb.-Gößen empf.
Anfer-Drogerie
 Farben-Spezialhandlung.

Gasherde
Gaskocher
 auch gegen
 6 Monatsraten

S. Immanuel
Lochmann
 Hauptstraße 81.

Büfett
 neu, echt Eiche, preiswert
 zu verkaufen.
 Alle Sorten Stühle
 am Lager
 und zur Anfertigung.
 M. Göpfert, Rosenpl. 20
 - Stuhlfabrik. -

Wein
Weinöferrnis
 empfiehlt
Anfer-Drogerie
 Farben-Spezialhandlung.

Zickelle
 sowie
 alle anderen Arten Fleis
 lauft zu höchsten Preisen
 Otto Meißner, Altmarkt 3.

Bohnenstangen
Rosenpfähle
 empfiehlt
Döllscher
 am Schloßhof

Die neuesten
Malerhandlungen
 empf. Ankerdrogerie
 Farben-Spezialhandlung.

6 Ztr. gutes Heu
 zu verkaufen Widris 33.

Freibank Riesa
u. Stadtteil Gröbzig.
 Rind- u. Schweinefleisch,
 Fleischerei von
Fritz Müller
 Schloßstr. 18
 empfiehlt billigst
 prima Rindfleisch
 frisches Kalbfleisch
 1/2 und 1.20
 ds. Schweinefleisch
 1/2 von 0.50 an
 handtschlacht. Blut- und
 Leberwurst, 1/2. -
 Empfehle prima

Rindfleisch
 von 1.10 an
 Schweinefleisch 80, 1. -
 Kalbfleisch von 1.20 an
 Wöstefleisch 90 +
 Eber- und Schmer 80 +
 handtschlacht. Blut- und
 Leberwurst 1.20.

Otto Lamm
Popplitz.

Lebende harte Öderale.
Clemens Bürger.

Aepfel
 wieder eingefroren.
 Obsthandlung
 Bismarckstr. 28.
 Empfehle
 in frische Landbutter Stück
 feinsten Landquart
 (sow. prima Staudenbalsam
 Radischen
 Rhabarber, Salatgurken.
 A. Ziegler, Bahnhofstr. 20.
 Die heutige Nr. umfasst
 10 Seiten.

Die Wiedergeburt der Kleinen Entente.

Am Freitag hat in dem russischen Moskauer Reichstag die russische Regierung die drei verbündeten Staaten der Kleinen Entente zu einer wichtigen Aussprache zusammengetreten. Diese Zusammenkunft steht zum mindesten, das diejenigen, die noch vor kurzer Zeit vom Verschwinden der Kleinen Entente sprachen, ins Unrecht gesetzt hat. Es ist durchaus richtig, die Kleine Entente hatte in den letzten Monaten eine schwerwiegende Krise durchgemacht. Der Zusammenstoß zwischen Rumänien einerseits und Jugoslawien andererseits schien einer schweren Erschütterung ausgesetzt. Diese Krise hat sich aber inzwischen aufgelöst. Und man hat festgestellt, daß in der Tat die Kleine Entente aus den Wirren der letzten Monate gläubiger hervorgeht, als sie noch vor Jahresfrist war. Für Mussolini bedeutet dieses erneute Erleben des Gedankens, der die Länder der Kleinen Entente zusammenhält, einer der schwersten Schläge, die seiner Politik in den letzten Jahren zugefügt wurden. Als es ihm damals gelang, Rumänien durch die Bereitwilligkeit der italienischen Kammer, die Besatzungsverträge zu ratifizieren, auf seine Seite zu zwingen, sah es betrauert so aus, als ob das Abbringen Bulgariens aus dem Rahmen der Kleinen Entente bevorstünde. Mussolini beging jedoch einen großen Fehler. Es gelang ihm zwar, die Beziehungen zwischen Italien und Rumänien aus harmonische auszugleichen; leider blieb es ihm aber verfehlt, die großen Reibungsflächen, die zwischen der Politik Bulgariens und Bulgariens bestehen, zu mildern, namentlich auf die Beziehungen zu Ungarn abzuwirken. Als Italien sich dann entschloß, mit Ungarn ebenfalls einen Freundschaftsvertrag abzuschließen, da mußte dieser Entschluß unbedingt in Bulgarien einwirkend auf die Bewertung der Beziehungen zum italienischen „Freund“ sich auswirken. Die rumänischen Politiker konnten sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß die Freundschaft Italiens für ihr Land zwar sehr wichtig wäre, daß sie aber keineswegs ausreichte, um die Gefahren, die aus der ungarischen Politik dem Lande erwachsen, zu bannen. Diese Einsicht trieb unangenehm die bulgarische Politik wiederum in das Fahrwasser der Kleinen Entente hinein. Auch in Jugoslawien hat gerade die Politik Mussolinis das bewirkt, was sie in Wirklichkeit nicht wollte. Liebergerne denn je verläßt sich das ganze jugoslawische Volk dem Gedanken der Kleinen Entente. Sieht es doch nur in einem schmerzlichen Bindnis dieser drei Länder die einzige Gewähr für die Verwirklichung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele. Da auch die Tschechoslowakei zur Zeit entscheidender denn je die Notwendigkeit dieses Drei-Staaten-Bündnisses betont, so dürfen die Voraussetzungen einer Neuerklärung des Bundes durchaus gegeben sein. Im übrigen ist schon ein kurzer Ueberblick auf die Tagesordnung der Joachimsthäler Konferenz das Ockbedeutende dieses Ereignisses. In der Hauptfrage dürften wohl Wirtschaftsfragen Gegenstand der Debatte sein. So wird man sich bemühen, durch eine Aussprache die bereits bestehenden Handelsverträge zwischen Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei noch enger zu gestalten als vorher. So soll sich u. a. auch Bulgarien bereit erklären, seinen beiden Verbündeten in den Donaudelta und in den Dölen des Schwarzen Meeres Freizonen anzuweisen, in denen Waren zollfrei aufgehängt werden können. Doch über Mussolinis Abkehr-Politik und insbesondere auch über die immer noch nicht erfolgte Anerkennung Bulgariens einigend gesprochen werden wird, braucht nicht besonders betont zu werden.

Reichsratsbeschlüsse.

Abg. Berlin. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag nachmittags einen Gesetzentwurf an, wonach bis zum Ablauf des 31. Juli d. J. bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Gerste und Hafer Einfuhrzölle nicht erhoben werden. Das Gesetz soll am Tage nach seiner Verkündung in Kraft treten. Begründet wird das Gesetz mit den erheblich gestiegenen Brotgetreidepreisen. Wenn auch mengenmäßig keine Bedenken für die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zur neuen Ernte besteht, so solle doch der Ausfuhr deutschen Brotgetreides, die unter den obwaltenden Umständen härter werden könne, rechtzeitig entgegengetreten werden, um dadurch eine überhöhte Preisentwicklung zu verhindern. — Angenommen wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und der Freien Stadt Danzig über die Durchführung des Artikels 812 des Vertrages von Versailles hinsichtlich der Freien Stadt Danzig. Danach hat nunmehr Deutschland als Abfindung an Danzig auf dem Gebiete der Sozialversicherung 15 Millionen Goldmark zu zahlen. — Ferner wurde angenommen der deutsch-italienische Schiedsgerichtsvertrag und ein neues Gesetz über Reisekosten von Kredit zur Förderung des Kleinhandelsverkehrs. — In die Oberprüfungsstelle für Schand- und Schmutzschreiben sollen nach den Beschlüssen des Reichsrats Preußen zwei und Bayern, Sachsen, Württemberg und Hamburg je einen Vertreter entsenden. — Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß die Eisenbahnverkehrsunternehmen aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Unterwelt-Linien begnadigt werden. — Eine von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegte Verordnung, betreffend die Einschränkung der Arbeitslosenversicherung, insbesondere für das Baugewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Berufstätigkeit im Handel und Hausgewerbebetriebe sowie eine weitere Einschränkung für einzelne Berufe, in denen die Erwerbslosigkeit keinen großen Umfang mehr hat, war von den Ausschüssen des Reichsrats dahin abgeändert worden, daß die zweite drückende Einschränkung gestrichen wurde. Namens der Reichsregierung beantragte Staatssekretär Jäger noch in letzter Stunde auch die Herauslösung des Baugewerbes und seiner Hilfsberufe. Namens der preussischen Regierung beantragte Staatssekretär Weismann die Ablehnung der gesamten Verordnung sowie namentlich die Ablehnung darüber. Die Vollversammlung lehnte die Verordnung mit 41 gegen 26 Stimmen ab.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Abg. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung des Gesetzesentwurfes über Arbeitslosenversicherung beim § 109 im Abschnitt „Unterstützungsverfahren“ fort, der von der Anrufung der Spruchkammer der Landesarbeitslosenversicherung Entscheidungen des Verwaltungsorgans oder bei Bestimmungen handelt, wo die Arbeitgeber- oder Arbeitnehmer-Besitzer geschieden in der Minderheit geblieben sind. § 102 wurde ohne wesentliche Änderungen nach der Regierungsvorlage angenommen, ebenso § 108, der die mindernwertige Einzelhaft der Kreditpflichten gewährt. § 104, wonach die Bewerbe Ausschuss bewirkt werden sollte, wurde vom Ausschuss gestrichen. Dagegen wurde § 105 nach der Regierungsvorlage angenommen, der die Ausfallversicherung bestimmt, die dieselben sind, wie sie für das Spruchverfahren der Sozialversicherung nach der Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Auch die übrigen Paragraphen des Abschnitts über das Spruchverfahren wurden ohne wesentliche Änderungen nach der Regierungsvorlage angenommen, worauf die Beratung auf Sonntag vertagt wurde.

Aufwertung bei Pensionen und Versicherungen.

Abg. Berlin. Der Reichsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit den Anträgen zur Aufwertung bei den Bert-Pensionen.

Min. Dir. Reichert (Reichswirtschaftsministerium) erläuterte eine hierzu von der Regierung herausgegebene Denkschrift. Nach den Ermittlungen der Regierung haben die Arbeitnehmer in den meisten Betrieben die Entlohnung der Arbeiter bei den Bert-Pensionen und Bert-Sparplänen und die Ansprüche an die Betriebspensionen in einem Maße aufgewertet, das über das sonst übliche oder gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgeht. Wo das nicht ausreichend geschähe, sei die Regierung in der Lage, auf Grund der Verordnung vom 8. Juli 1926 einzugreifen. Wo dagegen die eingeleiteten Gelder der Arbeiter nicht im Betriebe arbeiteten, sondern mündelnd angelegt und besonders verwahrt wurden, würden die Betriebspensionen ebenso wie andere Sparpläne behandelt. Die Betriebspensionen würden rechtlich als Versicherungsgesellschaften zu behandeln sein, wo ihr Bestand nicht den Zwecken des Unternehmens dienlich gemacht worden sei. Auch hier sei die Aufwertung in den meisten Fällen über das sonst übliche Maß erfolgt und eine großzügige Hilfsaktion des Reiches werde nicht erforderlich sein. Für die Betriebspensionen von Gruppen habe die Stadt Essen zum Zwecke der Aufwertung ein Darlehen unter Bürgschaft des Reiches und Preußens gewährt.

Abg. Reil (Soz.) demängelte mehrere Punkte der Verordnung vom 8. Juli 1926. Wo das Vermögen der Rassen zum Bau von Arbeiterhäusern verwandt worden sei, müsse eine Aufwertung einwirken, die dem Vermögen des Betriebes entspreche. Der Redner legte eine Entschließung vor, wonach die Versicherer Anspruch bis zur vollen Aufwertung haben sollen, wenn das Vermögen ganz oder teilweise Betriebszwecken dienlich gemacht worden ist.

Min. Dir. Reichert erwiderte, daß die meisten Forderungen des Abg. Reil durch die jetzige Verordnung schon erfüllt seien.

Abg. Trochmann (Baur. Sp.) hielt es für unmöglich, den Rassen durch Darlehen zu helfen. Die ganze Frage sollte einem Untersuchungsausschuss überwiesen werden.

Abg. Dr. Scheiter (Zentr.) führte an, daß es noch unrichtige Ausnahmen gebe. So habe z. B. die Münchener Gladbacher-Feuerversicherungs-Gesellschaft trotz ihrer hohen

Dividenden ihren versicherten Pensionären noch nicht einen Pfennig gezahlt. Das Reichswirtschaftsministerium sollte seine Bestimmungen über die Aufwertung bei den einzelnen Rassen vervollständigen. Bis dahin könnte die Frage vom Ausschuss zurückgestellt werden.

Mit dieser Anregung erklärte sich Abg. Dr. Rabenauer (Dnat.) einverstanden. Die Abg. Dr. Wunderlich (DVP) und Reichert v. Ritzhosen (Dem.) sprachen sich für eine Sonderberatung der Frage im Untersuchungsausschuss aus.

Abg. Schlein (Komm.) verlangte die volle Aufwertung aller Ansprüche an die Betriebs-Pensionen.

Schließlich wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten und des Abg. Dr. Reich ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach die Behandlung der Bert-Pensionen der vorliegenden Gesetzesentwürfe von der Behandlung des vorliegenden Gesetzes zur Klärung alsbaldigen Erledigung abgetrennt und die Reichsregierung ersucht wird, bis dahin weiteres Material Material zu beschaffen.

Zur Aufwertung bei den Lebensversicherungen

Begründete Abg. Reichert v. Ritzhosen (Dem.) eine Entschließung, wonach die Reichsregierung ersucht wird, die Treuhänder der Lebensversicherungs-Gesellschaften auszuweisen, zu einem bestimmten Zeitpunkt, aber nicht später als am 1. Oktober 1927 den anwartsberechtigten Versicherungsnehmer auf Antrag eine Bescheinigung auszubestellen, in der in rechtsverbindlicher Form ein Mindestbetrag der im Jahre 1922 zugewachsenen Aufwertungsansprüche festgesetzt und anerkannt wird.

Präsident Schamer vom Reichsausschuss für Privatversicherung erklärte sich mit der Tendenz des Antrags einverstanden. Es könne sich natürlich nur um bereits fällige Versicherungsansprüche handeln. Das Ausschussmitglied habe die Treuhänder bereits ersucht, jetzt schon die kleineren Versicherungsansprüche mit einer Quote von 60 bis 60 Prozent auszusahlen. Eine Versicherungs-Gesellschaft habe sogenannte Mobilisierungsfonds ausgeben. Dieser Betrag sei wohl zweckmäßiger als der im Antrag vorgeschlagene. Es wäre freilich gefährlich, wenn nun ein Massenansturm der Versicherten bei den Gesellschaften einsehen würde. Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 12. Mai.

Die zweite Lesung des Gesetzes zum

Schutz der Jugend bei Luftfahrten

wird fortgesetzt.

Franz Abg. v. Sperber (Dnat.) protestiert gegen die Ausdehnung der preussischen Dichterschule wegen ihrer Angriffe auf die Aufsichtsmittel der Reichstags. Das durch Kries und Nachkriegszeit hervorgerufene verkehrte psychische und moralische Jugendbild mache auch eine härtere Jugendfürsorge notwendiger als früher. Die mit großer Respekt angelegten Radioballetts und ähnliche Veranstaltungen seien geeignet, jugendliche Besucher für ihr ganzes Leben zu verderben. Die Tatsache, daß die Durchführung des Gesetzes in die Hand der Jugendämter gelegt ist, bürge schon dafür, daß Uebertreffe und Entlassungen nicht vorkommen. Der mit dem Reichsausschuss und dem Gesetz gegen Schmutz und Schand vor die Jugend gebaute Schutzwall gegen moralische Verführung müsse durch die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs ergänzt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kunkel (DVP.) erkennt an, daß Verbote nach Art des vorliegenden Gesetzes niemals so viel erreichen können, wie positive Erziehungsmaßnahmen. Die Volkspartei werde immer zur Förderung solcher Maßnahmen bereit sein. Daneben sei das Reich aber verpflichtet, Schutzmaßnahmen für die Jugend zu treffen. Das liege durchaus im Sinne der Reichsverfassung. Der Ausschuss habe durch die Festlegung der Mitwirkung der Jugendämter der Regierungsvorlage den Charakter eines Polizei- und Strafgesetzes genommen. Der sozialdemokratische Redner habe auf einen Popanz losgeschlagen. Keine Partei wolle einen Eingriff in Familienleben, Geburts- und Hochzeitstermine, das Heiratsrecht und die Ehe, (Abg. Seidenbusch (Soz.): Das Gesetz spricht doch von nicht öffentlichen Luftfahrten!) Das wird wohl nachher der Minister erläutern. (Lachen links und Mitte: „Aha, Sie wissen es also auch nicht!“) Von einer Theatervorzensur kann gar keine Rede sein. Das Verbot würde sich doch nur auf eine ganz kleine Zahl jugendlicher Besucher erstrecken. Eine Zensur wollen auch wir nicht. Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns bis zur dritten Lesung vor.

Franz Abg. Weber-Berlin (Zentr.) erklärt, auch das Zentrum sei für Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Jugendlichen eingetreten. Im Namen der Weisheitsfreiheit dürfe man dieses Gesetz nicht bekämpfen, das doch gerade das Ungünstige beseitigen sollte.

Abg. Holtenbaum (Komm.) bezeichnet die Vorlage als ein Attentat gegen die Kultur, das keineswegs den Schutz der Jugend fördern könne. Auch Mitglieder der Volkspartei hätten im vertrauten Kreise dieses Gesetz als „Blödsinn“ bezeichnet. Für wirklichen Jugendschutz hätten die Parteien der Rechten nie etwas übrig gehabt. Die Weiterberatung wird um 4 Uhr auf Freitag 3 Uhr vertagt.

Abg. Berlin. Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag nachmittags mit den schwebenden politischen Fragen und vertagte sich auf Freitag. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Donnerstag abends mit der Frage des Reichstagesgesetzes. Die demokratische Reichstagsfraktion nahm einen Bericht des Abg. Graf Bernsdorff über die Genfer Abrüstungsverhandlungen entgegen und erörtere dann u. a. das Jugendstrafgesetz, die Frage der Beamtenbeihilge, die Abrüstungsfrage, sowie die Verlängerung des Republikanengesetzes, für dessen Verlängerung die Fraktion geschlossen eintritt, sowie die Döbke und die Aufwertungsnovelle.

Eine neue Dampferquerung im Fluggew.

X New York, 12. Mai. Die beiden Flieger Chamberlain und Vertand werden heute nacht mit ihrem Bellanca-Fluggew., das den Namen „Columbia“ trägt, zu ihrem direkten Flug nach Paris aufsteigen. Die beiden Flieger haben am 4. April auf einer Rundreise ohne Zwischenlandung durch England und damit seinerzeit einen neuen Dauerrekord aufgestellt.

Die Nachforschungen nach Kungesser und Goli.

Paris. (Funkpost.) Aus Cherbourg wird berichtet, daß der Pilot, an dessen Bord sich der Bruder des Fliegers Kungesser befand, von seiner Streife im Kanal zurückkehrte, ohne eine Spur Kungessers und Goli zu finden. Kungessers Bruder hält es für möglich, daß die Flieger vielleicht, um Schneefürmen auszuweichen, nördlich vom Newfoundland gelandet sind. Auch die Blätter ersehen sich in Mutmaßungen über die Möglichkeit einer Landung der beiden Flieger. Man will auf die Möglichkeit einer Landung in Labrador hin, die durch den im Atlantischen Ozean herrschenden Nebel verursacht sein könnte.

Demokratischer Antrag auf Erhöhung der Beamtengehälter.

X Berlin. Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, eine Vorlage zur Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung vorzubringen ab 1. April 1927 alsbald einzubringen, jedoch nie vor dem Sommerferien des Jahres in Kraft treten kann oder daß ab 1. Mai 1927 mindestens Vorauszahlungen auf die Erhöhung erfolgen können.

Das Großkraftwerk Klingenberg.

Das größte Elektrizitätswerk Deutschlands.

Berlin. (Telephon.) Die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke werden mit der Einweihung des Großkraftwerkes Kummelsburg morgen am 14. Mai 1927, diese elektrische Anlage nach dem leider so früh verstorbenen genialen Ingenieur und Schöpfer der Entwürfe, Geh. Prof. Ing. F. C. Klingenberg „Großkraftwerk Klingenberg“ benennen.

Mit der Vollendung dieser Anlage hat die Stadt Berlin der bisherigen Verträge der Berliner Elektrizitäts-Vergabung Rechnung getragen. In den kritischen Jahren 1923/24 hat die Berliner Elektrizitäts-Vergabung Formen angenommen, die für die Zukunft geradezu ihren Zusammenbruch befürchten ließ. Beträgt doch der Mehrbedarf Berlins pro Jahr mindestens 50 000 KW, eine Leistung, wie sie ungefähr die Stadt München benötigt. Dazu kommt noch hinzu, daß ca. 60 Prozent der Berliner Hausabstellungen noch nicht an das Netz angeschlossen ist. Die Sicherheit der Stromversorgung eines so empfindlichen Verbrauchers wie Berlin, ist auch der Grund für die durch die Errichtung des Werkes vermehrte Eigenenergie elektrischer Energie. Der bereits bestehende Fernstrombezug aus dem Braunkohlengebiet Bismarck-Trattendorf-Lauta soll auch weiterhin bestehen bleiben, doch in einem gewissen Verhältnis zur Eigenenergie, so daß die Berliner Wirtschaft bei Störungen in den Fernwerken und Fernleitungen niemals empfindlich getroffen werden kann.

Diese Aussichten und Erwägungen zwangen im Herbst 1925 nach sorgfältiger Projektierung und nach Genehmigung der notwendigen Geldmittel unverzüglich an die Ausführung des Großkraftwerkes zu gehen. Die nunmehr fertiggestellten Anlagen des Großkraftwerkes Klingenberg umfassen in ihrem ersten Ausbau drei Haupt-Turbinen mit einer Maximal-Leistung von je 80 000 KW, drei Haus- oder Wärmer-Turbinen mit einer Leistung von je 10 000 KW, 16 Kessel (wegen ihrer gewaltigen Ausmaße, ein Feuerungsraum allein ist 17 m hoch, Großdampfzylinder benannt) von je 1750 qm Heizfläche und einer Dampfspannung von 37,5 Atm. und 425 Grad Ueberhitzung. Eine gesonderte Kohlenauflagerungsanlage umfaßt sechs Wendelmöhlen, in der die Rohls zu feinstem Pulver zermahlen wird. In einer beispiellos kurzen Bauzeit, in der selbst amerikanische Leistungen übertroffen wurden, wurde der Bau geendet. In den kritischen Tagen des Dezembers 1926 mit den höchsten Temperaturen konnte bereits die fertiggestellte Haupt-Turbine, mit die größte Dampf-Turbine der Welt, wirksam die auf äußerste angespannten Kraftwerke Berlins unterstützen. Die höchste Tagesleistungsfähigkeit während des Baues betrug ca. 4000 Arbeiter, beschäftigt in drei Schichten. In ungefähr 5000 Waggons — 150 Güterzüge zu je 60 t Inhalt — wurde der Baumaterialbedarf in 15 Monaten dem Werke zugeführt.

Die Kartellfrage vor dem Industrieausflug in Genf.

Genf, 12. Mai. Im Industrieausflug sprach heute der deutsche Sachverständige Waltrusch.

Mitglied des Reichswirtschaftsrats und Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, zur Kartellfrage. Seine Ausführungen lauten wie folgt:

Die Kartelle können zweifellos zur Kontinuität der Produktion beitragen und zu große Preisschwankungen, die schließlich niemandem nützen, unterbinden. Es wäre sehr zu überlegen, ob nicht das Durchdringen des Kartells auf dem internationalen Markte einseitig und n. a. auch die Gefahr der für relativ niedrigen Lohn schwer arbeitenden Betriebe bedroht, durch internationale Maßnahmen gemildert werden kann. Zweifellos treten mit der Bildung der Kartelle auch Gefahren für die Produktion, für die Verbraucher und für die Arbeiter auf. Um die Verbraucher vor Mißbräuchen zu schützen, sind Sicherungen erforderlich, die die Weisung an treffen, die den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen verhindern. Um die Allgemeinheit vor Schäden zu bewahren und die Wirtschaft in den Kartellländern durchsichtig zu machen, empfiehlt es sich, für die Kartelle an einer besonderen amtlichen Stelle die Registrierpflicht und die Offenlegungspflicht einzuführen. Diese Stelle muß das Recht haben, bei offensiblen Mißbräuchen Untersuchungen durchzuführen und die Mißbräuche alsbald abstellen zu lassen. Um dies leichter, und zwar ohne die amtliche Kartellstelle oder das Kartellgericht zu erreichen, müßten in die Statuten der Kartelle auch geeignete Vertreter der Arbeitnehmer, ähnlich wie bereits in den Kohlen- und Rautenindustrien Deutschlands, aufgenommen werden. In die internationalen Kartelle und Trusts müßten ebenfalls Vertreter der Arbeiter und Angestellten hinein. Die Teilnehmer sind willens und in der Lage, sachkundige Leute zu stellen. Was die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsinstitutes betrifft, so glaube ich, daß es verfehlt wäre, ein besonderes internationales Kontrollinstitut in Aussicht zu nehmen. Ich schlage daher der Konferenz vor, den Völkerbundrat zu ersuchen, den schon bestehenden Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes durch geeignete Sachverständige, darunter auch Arbeitnehmern, zu ergänzen, und ihm die Fragen des Ausbaus der Wirtschaftspolitik, der Konjunkturbeobachtung, der Statistik, der Wirtschaftsinformation des Völkerbundsekretariats in derselben Weise anzuhängen.

Nach Waltrusch hielt der deutsche Delegierte Dr. Lammerz,

Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, zu dem gleichen Thema eine Rede, die während des Vortrages wiederholt auf verschiedenen Seiten und am Schluß laut applaudiert wurde.

In Bezug auf die Kontrolle und die Offenheit der Kartellgeschäfte machte Dr. Lammerz folgende Gesichtspunkte geltend:

1. Der große Umfang und die starke Bedeutung, welche die Kartelle auf manchem Gebiete der Produktion und des Handels für gewisse Nationen angenommen haben, rechtfertigt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Regierungen. Soweit nationale Kartelle oder die Auswirkungen internationaler Kartelle auf die einzelnen nationalen Wirtschaften in Frage kommen, ist es Sache der betreffenden Länder, in autonomer Form etwaige Maßnahmen für eine voll. Kontrolle zu ergreifen.
2. Die Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für die Konferenz haben ergeben, daß eine Kartellkontrolle in eigenem Sinne vorläufig nur in einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Ländern besteht, darunter allerdings in so bedeutenden Industrieländern wie den Vereinigten Staaten und Deutschland. Die Formen der Kontrolle sind den konkreten ökonomischen Bedürfnissen der verschiedenen Länder angepasst.
3. Eine internationale Kontrolle könnte theoretisch eine allgemeine — für die ganze Welt oder ganz Europa — oder aber eine partielle — für die unmittelbar beteiligten Länder — sein. Die praktischen Voraussetzungen wären in jedem Falle eine Garantie dafür, daß die Kontrollmaßnahmen in allen beteiligten Ländern von gleichartiger Wirksamkeit sind.
4. Die logische Voraussetzung für eine moralische und praktische Auswirkung jeder internationalen Kontrolle ist die volle Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der ökonomischen Interessen der beteiligten Länder. Diese Gemeinsamkeit muß ihren Ausdruck finden sowohl in den offiziellen wechselseitigen Handelsbeziehungen — insbesondere in den Handelsverträgen — wie auch vor allem in der öffentlichen Politik. Zwischen Ländern mit entgegengesetzter öffentlicher Politik kann kein vertrauensvolles Zusammenwirken funktionieren. Nur auf ökonomischem Gebiet bestehen.
5. Jedes derartige Zusammenwirken der Nationen muß freiwillig sein. Der Versuch, durch eine internationale Zwang mit irgendeiner Form äußerer Zwang in die privaten ökonomischen Organisationen einer Nation einzugreifen, würde die Gefahr politischer Vermittlungen unmittelbar hervorrufen, wie vor allem im Verhältnis zu solchen Nationen, deren Volkswirtschaft besonderer organisatorischer Maßnahmen bedarf, um großen öffentlichen Verpflichtungen gegenüber anderen Nationen nachzukommen. Die volle ökonomische Handlungsfähigkeit jeder Nation ist Voraussetzung für die notwendige Gleichberechtigung der Nationen bei Ausübung einer gemeinsamen Kontrolle ökonomischer Natur.
6. Die vorstehend angedeuteten Gefahren bestehen nicht bei freiwilliger schiedsgerichtlicher Erledigung von wirtschaftlichen Beschwerden über monopolistische Maßnahmen irgendwelcher privaten Organisationen. Es wäre von großem Vorteil, wenn alle Nationen sich entschließen könnten, diese Streitigkeiten auf Grund ihrer ökonomischen Kenntnisse in einem wirklich objektiven Urteil befähigt sind. Bei der Zusammenfassung derartiger Schiedsgerichte können die bestehenden internationalen Organisationen wirtschaftlicher Natur gute Dienste leisten.
7. Unvermeidlich erscheint eine weitgehende Erziehung der öffentlichen Meinung, welche nicht nur eine automatische Abwehr monopolistischer Übergriffe durch die Bevölkerung erreicht, sondern vor allem die Überzeugung von der Notwendigkeit der Rationalisierung der Produktion, des Absatzes und des Verbrauchs — im Interesse des Lebensstandards — zum Allgemeinwohl der Völker macht. Dem Kartell ist entgegen zu empfehlen, daß sie dem berechtigten Bedürfnis nach freier Publizität zwecks Befähigung des Verbrauchers freiwillig entgegenkommen. Daß in Europa ein gesunder Lebensstandard nur durch freiwilliges Zusammenarbeiten aller Nationen im Wege der Vereinbarung freierlicher Methoden für den Güteraustausch und die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft erreicht werden kann, ist in unseren Verhandlungen oft genug betont worden.

Zur Frage der Erleichterung des internationalen Handelsverkehrs

Der autändige Unterausschuss einen vorläufigen Entschlussskizzenentwurf angenommen, der vorschlägt: Der von der Wirtschaftskommission des Völkerbundes unterbreitete Entwurf einer internationalen Konvention über die Abschaffung der Aus- und Einfuhrzölle soll der für den 14. November dieses Jahres anberaumten diplomatischen Konferenz unterbreitet werden. Daraus hervorgehenden internationalen Abkommen sollen sich möglichst viele Staaten anschließen, damit für die Erzeugung und den Warenaustausch aller Länder die gleichen, für die Gesundheit und Entwicklung des Wirtschaftslebens notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Ferner soll Vorsorge getroffen werden, daß die Anwendung dieser internationalen Konvention nicht durch Ausfuhrzölle und ähnliche Maßnahmen gehindert werden. Staatlichen Unternehmungen oder Unternehmen, an denen der Staat interessiert ist, soll keinerlei Vorzug gegenüber den privaten Unternehmen gewährt werden. Zur Sicherstellung der Lage ausländischer Unternehmer sollen die Grundsätze der Internationalen Handelskammer und des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes beim Abschluß zwischenstaatlicher Verträge und einer entsprechenden internationalen Konvention berücksichtigt werden. In dieser Konvention sollen außerdem die Forderungen nach gleicher Behandlung der Ausländer und Inländer in Bezug auf Kaufverträge, Niederlassungs- und Umlaufrecht berücksichtigt sein. Schließlich wird ausdrücklich verlangt, daß bei diesen internationalen Vereinbarungen auch die Bedingungen für die Ausübung von Handels- oder Industrieunternehmungen, ferner die Rechtslage der Ausländer und ihrer Unternehmungen als völkische oder juristische Personen und der Steuerverhältnisse der Ausländer und ihrer Unternehmungen geregelt werden.

Genf. Dem vom Industrieausflug eingesetzten Redaktionskomitee zur Kartellfrage

gehören der deutsche Delegierte Dr. Lammerz als Vertreter der wichtigsten Industrieländer, Sir Arthur Halloway als Vertreter der Interessen der Internationalen Handelskammer und der jugoslawische Sachverständige Tschourtschin als Vertreter der Verbraucher. Als viertes Mitglied ist der französische Gewerkschaftler Jouhaux als Arbeitnehmervertreter anwesend, der jedoch seine Teilnahme von der Zustimmung der übrigen Vertreter der 2. Internationale abhängig gemacht hat.

Empfang der Presse bei der Genfer Sowjetdelegation.

Genf, 12. April. (Asuntion.) Die sowjetrussische Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz veranstaltete heute zum ersten Male einen Empfang der internationalen Presse.

Auf eine Anfrage erklärte der Leiter der sowjetrussischen Delegation, Oberstleutnant O. O. O., daß allerdings ihre ersten äußeren Eindrücke in Genf sehr unbefriedigend gewesen seien. Jedoch seien sie über ihre Zusammenarbeit mit der Weltwirtschaftskonferenz sowie deren einzelnen Personen vollständig befriedigt. Ebenso entwickelten sich die Zusammenkünfte mit den übrigen Delegationen in glänzender Weise, wobei der Sowjetdelegierte insbesondere die guten Beziehungen zur deutschen Delegation hervorhob.

Oberstleutnant O. O. O. betonte ferner, daß die Sowjetdelegation die besten und pessimistischsten Eindrücke zahlreicher Delegationen gegenüber einem positiven Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz teile. In Bezug auf die Teilnahme der Sowjetunion an weiteren Konferenzen des Völkerbundes wie Oboleski darauf hin, daß bisher lediglich die Differenzen mit der Schweiz eine Teilnahme Sowjetrusslands an den Genfer Konferenzen verhindert hätten. Dieses Dummheit sei nunmehr überwunden. Die Sowjetdelegation sei nach Genf gekommen, um insbesondere über die Möglichkeiten einer Annäherung der beiden so verschiedenen Wirtschaftssysteme Europas und Asiens zu verhandeln. Eine Erklärung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Sowjetrussland legte er ab.

Er betonte jedoch, daß eine Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen durchaus möglich sei, auch wenn die politischen Beziehungen mit einem Lande noch nicht geregelt seien.

Auf weitere Fragen betonte der sowjetrussische Delegierte Oboleski, daß der Handel zwischen Sowjetrussland und Amerika jetzt bereits die Vorkriegszeit weit übersteige. Die Sowjetregierung erkenne an, daß dem Einfluß des ausländischen Kapitals in Sowjetrussland neue Wege geöffnet und den Interessen der ausländischen Kapitalgruppen in Russland Rechnung getragen werden müßte. Auf die Frage nach der gegenwärtigen Entwicklung der russisch-russischen Schuldverhandlungen wies Oboleski darauf hin, daß die grundsätzliche Lösung des Problems der russischen Vorkriegsschulden in absehbarer Zeit zu erwarten sei.

Zur gegenwärtigen Konzeptionspolitik erklärte Oboleski, daß die Sowjetregierung vor einigen Jahren ihre Konzeptionspolitik mit der Abgabe kurzfristiger Handelskonzeptionen begonnen habe. Sie sei in dem gegenwärtigen Wirtschaftsstadium jedoch lediglich daran interessiert, langfristige Konzeptionen nur an große kapitalistische Unternehmungen zu gewähren, die umfangreiche Kapitalien in Sowjetrussland zur Hebung der Produktionskräfte auf lange Dauer investieren könnten.

Vor abschließenden Ergebnissen?

Genf, 12. Mai. Am heutigen Vormittag tagten ungefähr ein Dutzend Unterausschüsse und das Redaktionskomitee der Weltwirtschaftskonferenz zur Prüfung jener Einzelfragen auf dem Gebiet von Handel, Industrie und Landwirtschaft, um die sich schließlich das Gesamtergebn der Konferenz konzentrieren wird. Die Richtlinien, die dieser Tage in den Unterausschüssen ausgearbeitet, dann von den Ausschüssen ausgehen und im Laufe der nächsten Woche schließlich von der Wirtschaftskommission selbst sanktioniert werden sollen, betreffen, wie sich jetzt schon übersehen läßt, im wesentlichen die Erleichterung des internationalen Handels, die Form und Vereinfachung der Handelsverträge unter Berücksichtigung der Weltbegünstigungsklausel, die Statistiken unter Ausnutzung weiterer Steigerung der Zollfrage, Rationalisierung und Kartellierung der Industrien auf nationalem und internationalem Gebiet und schließlich Kreditwesen, Produktionssteigerung und gemeinschaftliche Organisation von Produktion und Absatz in der Landwirtschaft.

Die ersten abschließenden Ergebnisse der Konferenz werden bereits Anfang nächster Woche erwartet werden.

Politische Tagesübersicht.

Die Regierungsbildung in Österreich. Die Großdeutsche Volkspartei hat nach dem Abschluß ihrer in den letzten Tagen abgehaltenen Beratungen bekanntgegeben, daß sie sich nicht nur mit den mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen, sondern auch ausweislich mit Fragen eines in nächster Zukunft anzuhaltenden Organisations- und Arbeitsprogramms befaßt hat. Ueber die Anschließfrage heißt es in der Kundgebung u. a.: Mit Genugtuung wurde festgehalten, daß der von der Partei stets mit Nachdruck vertretene Gedanke des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich in der letzten Zeit besonders alle Wirtschaftskreise erfasst hat. Die Großdeutsche Volkspartei begrüßt diese Entwicklung, die ihrem obersten politischen Grundsatze entspricht, auf das freudigste. Sie wird in der kommenden Organisationsperiode ihr volles Augenmerk darauf richten, daß der Anschlußgedanke in Politik und Wirtschaft zu härtester Geltung gelangt.

Der Kaiser in Albanien. Nach einer Meldung des Journal aus Belgrad haben aus Albanien in Südbalkan ein eingetragene politische Missionen angekündigt, daß der Präsident der Republik Albanien, Ahmed Zogu, der auch Ministerpräsident und Oberbefehlshaber ist, am kommenden Sonntag zum König ausrufen werden würde.

Personalveränderungen in der deutschen Botschaft in Paris. Der Gesandtschaftsrat Dr. Kirchhoffes von der deutschen Botschaft in Paris verläßt am 14. Mai seinen Posten, um als Gesandtschaftsrat nach Bukarest zu gehen. Sein Nachfolger wird Gesandtschaftsrat Dr. Nieher, der bis zum Oktober Gesandtschaftsrat in Riga war und seitdem der Pariser Botschaft als Gesandtschaftsrat in der Wirtschafts- und Konsularabteilung ausgeteilt ist. Nachfolger von Dr. Nieher wird Dr. Glorius, bisheriger Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in Paris.

Nationalsozialistische Tumulte in Charlottenburg. Am Wilhelmplatz in Charlottenburg kam es am Donnerstagabend, wie die Morgenblätter berichten, aus Anlaß einer vorbereiteten nationalsozialistischen Versammlung zu umfangreichen Ausschreitungen. Bis in die späten Abendstunden wurde die Polizei von den auf der Straße herumlaufenden Demonstranten in Atem gehalten. Wiederholt mußten Rüge von mehreren hundert Personen erteilt werden. Insgesamt wurden 10 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgenommen. Es gelang ferner, den Nationalsozialistischen Schärer, der sich in der Menge befand, zu verhaften. Er kommt als Haupttäter des Ueberfalls auf den Radfahrer Walter Ditt in Betracht. Da gegen ihn ein Haftbefehl vorliegt, wird er dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt werden.

Der Fall auf der Leipziger Messe. In der Frage der Herabsetzung der Höhe auf vierfache Leptische, die bekanntlich die deutsche Öffentlichkeit stark interessiert, wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß eine Herabsetzung des Zollfußes erst erfolgen werde, wenn der deutsch-russische Handelsvertrag gänzlich ratifiziert sei. Der Handelsvertrag zwischen der Türkei und Deutschland als solcher sei zwar bereits ratifiziert, jedoch könne er nicht in Kraft treten, bevor nicht auch das Wiedereröffnungsabkommen von der Türkei ratifiziert worden wäre. Es wäre dies jedoch bereits für die nächsten Tage zu erwarten. Mit dem völligen Inkrafttreten des deutsch-türkischen Handelsvertrages würden dann automatisch die Zollfüße für vierfache Leptische ebenfalls von 24 auf 8 Mark ermäßigt werden.

Die Generalkonferenz und das Konföderat.

Berlin. Die Generalkonferenz nahm in ihrer 24. Sitzung am Donnerstag einstimmig eine Entschlossenung zur Kenntnis, die die ernsthafte Befürchtung geäußert wird, daß auch andere Fragen als Organisations- und Finanzfragen, namentlich Schulfragen, zum Gegenstand vertrauensvoller Regelung zwischen Staat und römisch-katholischer Kirche gemacht werden sollen. Hierin müßte die Generalkonferenz eine wesentliche Verschärfung der in der Konföderationsfrage an sich gegebenen Gefahren erblicken und davon eine schwere Schädigung der evangelischen Kirche, der Volksgemeinschaft und des Staates, insbesondere auch eine verhängnisvolle Störung der konfessionellen Friedens befürchten. Wegen einer solchen Regelung müßte die Generalkonferenz mit allem Nachdruck Einspruch erheben. Sie bittet die bisberige Behandlung der Frage durch den Kirchenrat und evangelischen Oberkirchenrat und spricht ihnen für die Weiterführung der Angelegenheiten ihr Vertrauen aus.

Süde über österreichisch-deutsche Wirtschaftsgemeinschaft.

Berlin. Als Kuhnert zu der heute beginnenden Tagung des österreichisch-deutschen Volksbundes fand gestern Abend im Memorandum des Reichswirtschaftsrates ein Beschlussesabende statt.

Reichstagspräsident Süde als Präsident des Volksbundes führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. nach einem Hinweis auf die Wirtschaftskonferenz in Genf aus, man solle über das Fernerliegende das jetzt schon Mögliche nicht vergessen. Der große deutsche Markt könne schon jetzt geschaffen werden. Österreich komme nicht aus Not und Zwang zu uns, sondern aus dem freien Willen freier Männer. Wir dürfen aber nicht warten, bis der Zufall uns zu Hilfe komme, sondern müßten in eigenen Hände die Vorbereitung für den Anschluß treffen. Schon jetzt sei es notwendig, daß in beiden Ländern die Staatsbürger wie Bürger des eigenen Landes und nicht wie Ausländer behandelt werden. Verwaltung und Gesetzgebung müßten vereinheitlicht werden und dann müßten nur die Grenzschleuse noch stehen. Wenn auch dies stehe, dann sei erreicht, was wir wollten, ein Volk, ein Reich, ein freies Vaterland. Schwärmer, nicht erdenklicher Jubel begleitete das Ende der Rede. Nach Reichstagspräsident Süde sprach Oberbürgermeister Böhm als Delegierter des Volksbundes für die Stadt Berlin die Hoffnung aus, daß bald Österreich und Deutschland ein Vaterland und Wien und Berlin bald Brudersstädte sein werden.

Polen intrigiert in Paris.

Berlin. Der polnische Botschafter in Paris hatte mit dem französischen Außenminister eine Unterredung, bei der er sich auf die deutsch-französischen Verhandlungen über die Frage einer abschließenden militärischen Kontrolle der deutschen Offiziere besonders Bedenken drückte. Er erklärte, daß wir von diplomatischer Seite erfahren, hätte der polnische Botschafter den Auftrag, Frieden gegenüber dem Ausbruch zu bringen, daß die polnische Öffentlichkeit informiert sein müßte, als sie befürchtet, Deutschland sei den Verhandlungen, die Offizieren an schließen, nicht nachkommen. Aus diesem Grunde müßte das Warschauer Kabinett auf Grund eines Kabinettsbeschlusses eine abschließende Kontrolle der deutschen Offiziere verlangen.

Durchsuchung in der Londoner Botschaft der russischen Legation.

London, 12. Mai. (Reuters.) Die Polizei hat in der im Reichsbureau liegenden Botschaft der russischen Legation eine umfassende Durchsuchung vorgenommen. Die Geschlechter der russischen Handelsdelegation, die unter dem Schutz der diplomatischen Immunität leben, blieben von der Durchsuchung unberührt. Die Ergebnisse der Durchsuchung sind bis jetzt nicht bekannt. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

London, 12. Mai. (12 Uhr nachts.) Die Durchsuchung der Arcos in der Moorfields Street ist noch in vollem Gange. Dutzende von Polizisten und Geheimpolizisten betreten und verlassen dauernd das Gebäude, vor dem immer eine große Zahl Neugieriger steht. Innerhalb des Gebäudes herrscht höchster Stillstand. Die Verbände sind heruntergelassen, aber durch offene Spalten kann man Schreie hören und hergehen sehen. Von Zeit zu Zeit kommen von Polizeibeamten begleitet, Mitglieder der Arcos bis herunter zur Treppe herunter und verschwinden in einem Zimmer, wo sie anscheinend verhört werden. Wie verlautet, werden sämtliche Briefe, Pakete und Tische geöffnet und die darin befindlichen Dokumente beschlagnahmt und untersucht. Von maßgebender Seite wird dem Vertreter des B.I.W. versichert, daß die Durchsuchung die ganze Nacht fortgesetzt wird. Es sind keine Verhaftungen vorgenommen worden. Die Polizei erregt überall ungeheures Aufsehen.

London, 12. Mai. Zu der Durchsuchung der Arcos ist noch nachzutragen: Um 9.30 Uhr abends wurde einer Reihe weiterer Angehöriger verhaftet, das Gebäude zu verlassen. Einer von diesen, ein Engländer, erklärte, er sei so gut wie jedes Mitglied der Anstaltsverwaltung durchsucht worden. Es seien ihnen die Taschen ausgeleert und jedes Schriftstück sei geprüft und Namen und Adressen aufgenommen worden. Die Angehörigen hätten aber vier Stunden ohne Speise und Trank in einem Zimmer auf ihre Durchsuchung warten müssen. Jede Axtion des Hauses sei gründlich durchsucht worden einschließlich der Büros der russischen Handelsdelegation, die augenscheinlich das Hauptziel der Durchsuchung gewesen sei. Die Polizei habe auf die Öffnung aller Schränke und Schreibtische bestanden. Zwei Wasserleitungen einer wohlbekannten Londoner Firma, die im Hause anwesend waren, seien festgehalten worden, ebenso ein Pressebetreiber, dem es gelungen war, in das Gebäude einzudringen. Es verlautet, daß die Polizei das Gebäude mehrere Tage besetzt halten werde. Die Gesamtzahl der Angehörigen betrage 400 Köpfe.

Die englische Presse an der Durchsuchung bei der Arcos. London. (Kunstspr.) Daily Herald vertritt die Ansicht, daß die Büros des Leiters der russischen Handelsdelegation nicht hätten durchsucht werden dürfen, da dieser diplomatischen Rang besitze. Die übrigen Mitglieder der Delegation seien lediglich mit der Vorgeschichte dieser Aktion. Dem Daily Express zufolge soll gestern vormittag eine Konferenz zwischen hohen Polizeibeamten und dem Leiter der Strafverfolgungsbehörde stattgefunden haben. In einer weiteren Konferenz soll auch der Staatssekretär des Innern erschienen sein. Daily Mail spricht sich von der Anwesenheit von Vertretern des Kriegsamtes bei dieser zweiten Konferenz.

30 Millionen Dollar Bauschuldfrage in Shanghai.

Berlin. Nach einer Mitteilung des D. N. S. aus Shanghai hat General Tschangschich der Stadt Shanghai bei 30 Millionen Dollar Bauschuld zur Bezahlung seiner militärischen Ausgaben aufgelegt. Die chinesischen Banken haben bereits 3 Millionen an ihn abgeführt.

Reichsdrängungsgesetz für Hypotheken.

Berlin. Der Reichswirtschaftsrat hat am Montag die Sitzung zur Erörterung des Reichsdrängungsgesetzes abgehalten. Weiterhin besprach der Ausschuss den Entwurf des Reichsdrängungsgesetzes über den Verkehr mit Kassenmitteln durch ein Reichsdrängungsgesetz. Das den Reichsdrängungsgesetz über den Verkehr mit Kassenmitteln. Als Interessentenkreise würden vorher gebildet werden. Dabei könne die Frage gelöst werden, welche Kassenmittel nur von Hypothekern oder auch von besonders vorgebildeten Drängern (Hypothekenspekulanten) und welche allgemein abgeben werden können. Eine entsprechende Richtschnur wurde der Regierung als Material überreicht.

Verklärung der russischen Luftkotte.

Riga. Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt die Sowjetregierung ihre Luftkotte zu verklären. Zu diesem Zwecke werden vier Fabriken zur Herstellung von Flugzeugmotoren gebaut werden, wozu zwei Millionen Rubel zur Verfügung gestellt worden sind. Die Maschinen für diese Fabriken sollen aus Amerika und England bezogen werden. Im Jahre 1927 sollen bis zu 120 neue Flugzeuge gebaut werden. Im Stillen Ozean soll eine Flugzeugflotte errichtet werden. Die Flottille Wiadwohlof soll als verklärt erklärt werden.

Der Barmat-Prozess.

Berlin. In der Donnerstag-Verhandlung des Barmat-Prozesses kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen und gegenständlichen Vorwürfen zwischen dem Angeklagten Barmat und Lange-Hegermann. Lange-Hegermann erklärte sehr erregt: „entweder hat mich Goette belogen oder Barmat hat mich betrogen“. Er machte weiter Julius Barmat dem Vorwurf, daß dieser bei seinen Erklärungen immer drum herumrede, und auf genaue Fragen stets sehr geistig ausweise, und gab auf wiederholte Vorhalte des Vorsitzenden immer wieder die bestimmte Erklärung ab, daß seine Behauptungen der Wahrheit entsprächen. Demgegenüber betonte Julius Barmat, die Angaben Lange-Hegermanns seien absolut unwahr. Er bestritt dessen Darstellung, wonach bei einer Besprechung in Schwabenwerder sehr eingehend von den Abrechnungen und geplanten Umbuchungen die Rede war.

In den weiteren Verhandlungen drehte sich die Erörterung um Beträge von 2000 Mark und 600 Dollar, die nach der Anklageschrift ebenfalls als Betrugsgelder der Betreiber Barmat an den Minister Goette zu betrachten sind. Vollständige Klarheit in dieser Angelegenheit war aber auch trotz der Vernehmung der beiden Buchhalter, die seinerzeit in

300 Millionen dem Barmat betrogen seien, zum Ausdruck gekommen. Die 600 Dollar wurden Dr. Goette auf seinen Namen von Amsterdam nach Marienbad überandt, wo sie der Minister zur Kur aufstellte. Der Betrag von 15000 RM ist auf dem Unkosten-Konto des Konzerns verbucht worden. Nach Ansicht des Angeklagten Julius Barmat ist es ausgeschlossen, daß dieser Betrag Dr. Goette zugute gekommen sei.

Auf Veranlassung der Amerika wurde dem Minister auch während seines Aufenthaltes in Marienbad durch die Brüder Maschinenfabrik ein Auto zur persönlichen Verwendung zur Verfügung gestellt. Von der Amerika wurde die Aufstellung gegeben, die dadurch entstandenen Kosten dem Barmat-Konzern zur Last zu legen. Goette hat sich später für die Bereitstellung des Autos bedankt und erklärt, daß es ihm ausgezeichnete Dienste auch auf einer Fahrt nach Wien geleistet habe. Im Gegensatz zum Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Neumann, fand Angeklagter Julius Barmat nichts Besondere dabei, wenn einem Minister ein Auto kostenlos zur Verfügung zur Verfügung gestellt werde.

Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

Gerichtssaal.

Landgericht Dresden. Am Abend des 8. November vergangenen Jahres hatte der Titularsenatspräsident Herrmann Wilhelm Jahn, Vorstand der Reichsbahninspektion Radeburg, mit seinem Kraftwagen auf der Fahrt nach Dresden befindlich auf der Staatsstraße kurz vor Reichenberg einen Wirtschaftsbekannter Mäfer angefahren, der mit seinem Sohne einen Handwagen zog und vorchristlichmäßig rechts gefahren war. Der Wirtschaftsbekannter erlitt ernste Verletzungen, er wurde von Jahn sofort zu einem Arzt gebracht, starb aber kurze Zeit darauf an den Folgen dieses Unfalls. Das gemeinsame Schöffengericht Dresden verhandelte am 17. Februar gegen Jahn wegen fahrlässiger Tötung und Uebertretung der Verkehrsvoorschriften. Nach umfangreicher Beweiserhebung wurde der Angeklagte antragsgemäß im Sinne des erangenen Eröffnungsbeschlusses zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung jenes Urteils wurde ausgeführt, die Schuld Jahn's gelte als voll erwiesen. Nach des Angeklagten eigenen Angaben hätte er vorsichtiger fahren müssen als wie er gefahren sein will. Offenbar habe er die Nerven verloren, als er von einem entgegenkommenden Auto erst gesehen wurde und dann plötzlich den Handwagen vor sich fahren sah. Wegen dieses Urteils war Berufung eingelegt worden. Jahn erkrankte seine Freisprechung, die Staatsanwaltschaft Verurteilung von dessen Berufung und Erhöhung der erkranklichen Strafe. Die dritte Strafkammer des Landgerichts Dresden hatte sich am Donnerstag in einer vielkündigen Sitzung als Berufungsinstanz mit diesem wichtigen Unfallfall zu befassen. Wiederum mußte in eine zeitraubende Beweiserhebung eingetreten werden. Der Angeklagte, der erneut jedes Verschulden bestritt, wurde diesmal durch zwei Rechtsanwältinnen vertreten. Auch das Berufungsgericht kam im allgemeinen zu den gleichen Feststellungen wie die Vorinstanz, deren Urteil bestätigt und somit die eingelegten Berufungen verworfen wurden. (R-S.)

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).

13. 5. 1927: 3,8 mm Niederschlag.

Im Strom der Welt.

Erzählung von Paul Blis.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sofort war die Tochter bei ihr und sprach ihr Trost zu. Das Lantchen jedoch stand mit offenem Munde dabei und wußte nicht, was sie davon denken sollte. Als aber noch immer kein Wort des Dankes für ihr so glänzendes Anerbieten fiel, fragte sie endlich erstaunt: „Ja, was heißt das? Was habt ihr eigentlich? Sind das Freudenstränen? Oder was soll ich sonst davon denken?“

Da antwortete Frau Luise mit matter Stimme: „Du und die andern Damen sind sehr lebenswürdig, an mich zu denken, aber ich muß für euer Anerbieten bestens danken.“ Nun war das Lantchen einfach starr; sie sank in ihren Stuhl zurück, sah von einer zur andern und fragte endlich: „Was denn? Was heißt denn das? Du lehnt unser selten günstiges Anerbieten ab? Das kann doch wohl nicht dein Ernst sein?“

„Doch, Lantchen, es ist mir durchaus Ernst damit,“ klang es still zurück.

„Ja, ist denn das nur möglich?“ plätschte jetzt die Alte heraus. „Du bist einfach von Sinnen, Luise! Sonst verstehe ich deine Worte nicht! Daß doch nur dein dummen Stolz befehle! So eine tadellose Versorgung wird dir nie wieder geboten!“

„Ich bitte dich, höre doch davon auf, Lantchen,“ rief Luise schnell dazwischen, „du siehst doch, wie weh du Rama damit tu!“

„Was, weh tue ich euch damit? Ja, seid ihr denn alle beide übergehört? Ich komme, um euch ein nahezu fürsichtiges Geschenk in den Schoß zu werfen, und es seht nicht viel, so weißt ihr mir die Tür dafür! Was soll man denn überhaupt dazu sagen? Mir steht einfach der Verstand still.“

Noch einmal hat Frau Luise: „Aber begreift du denn nicht, daß ich euer Anerbieten nicht annehmen kann? Ich würde ja zugrunde gehen daran. In einer Stadt, in der ich so lange die erste Rolle gespielt habe, soll ich nun von Obadendrot und Almosen leben? Lieber sterbe ich doch hier, wo mich niemand kennt, in Armut und Elend.“

Lantchen machte ihr spitzfindigste Gesicht und antwortete mit höhrendem Schreie: „Ach so, ach so, — ja, meine liebe Luise, wenn du die Nase noch so hoch trügst, dann begreife ich alles. Natürlich, unter diesen Umständen kannst du nicht anders als ablehnen, das ist ja ganz klar. Dann bitte ich auch noch vielmals um Entschuldigung, daß ich dir sowas überhaupt angeboten habe. Selbstverständlich werde ich all den anderen Damen das sofort berichten, und dann können die sich auch noch bei dir entschuldigen.“

„So hör doch nur auf!“ rief Luise ihr zu.

„Du sei nur ganz still,“ replizierte die Alte, jetzt immer bitter werdend, „du bist die Schlimmste von allen. Früher dich hatten wir auch eine Stelle beim Telefonamt, mit neunzig Mark monatlich, ausgewirkt. Aber nachdem ich dein gutes Herz kennen lernte, habe ich sie dir erst gar nicht angeboten, um mir nicht nach einem Korb zu holen.“

„Ich hätte natürlich auch bestens gedacht.“

„Aber gewiß, wenn man noch auf einen Grafen wartet, ist das ja auch ganz erklärlich!“

Luise erwiderte nichts, nur einen unsäglich verdächtigen Blick warf sie dem alten Klatschmaler zu. — Da nahm Lantchen Hut und Mantille, trugte zierlich und rief zum Abschied: „Nun, so wünsche ich euch denn recht viel Glück!“ — Da niemand etwas erwiderte, richtete sie sich hinaus.

Frau Luise schluchzte bitterlich — — — alles, was die letzten vergangenen Monate ihr an Weh und Leid gebracht hatten, — alles, was sie im geheimen an Kummer und Schmerzen mit sich herumtrug, alles war jetzt mit brutaler Hand kraß und roh aufgerissen worden, — von neuem bluteten alle die alten Wunden.

Lucie war nach Kräften um sie besorgt, ihr Binderung und Bergessen zu schaffen, aber auch sie erreichte nicht viel. Die alte Frau wurde ernsthaft krank, so daß ein Arzt kommen mußte.

Schlimme Tage und noch schlimmere Nächte kamen. Die Tochter wich fast nicht vom Lager der Mutter, und pflegte sie mit ausopferndster Fürsorge.

Eines Tages ging die Flurglocke, und als Lucie hinaus sah, stand eine barmherzige Schwester da.

„Beruhigen Sie, daß ich Sie behellige, Fräulein Braun,“ sprach die Krankenpflegerin freundlich, — „ich möchte mich Ihnen vorstellen. Welling ist mein Name.“

Lucie war zwar ein bißchen erstaunt, doch daß sie höflich, näher zu treten. Erste jetzt gewährte sie, daß die Eintretende ein stattliches Mädchen von sehr sympathischem Aussehen war, der die Schwestertracht ganz prachtvoll stand.

„Schelten Sie mich nur nicht zudringlich,“ bat die Angekommene freundlich, „daß ich so ohne weiteres hier einbringe. Aber ich verfolge einen ganz bestimmten Zweck dabei. Ich weiß nämlich, daß Ihre Frau Rama krank ist, und da möchte ich Ihnen meine Hilfe anbieten.“

Lucie wurde ein wenig verlegen.

Das merkte die andere gleich, und schnell fuhr sie fort: „Bitte, verstehen Sie mich nur nicht falsch, Fräulein, — ich habe nämlich von meiner Aufwartefrau, die mit der Ihrigen befreundet ist, so ziemlich alles über Ihren Hausstand erfahren. — Sie wissen ja, wie so kleine Leute ganz alles herumtragen. — Na, kurz und gut, da habe ich mir denn vorgenommen, Ihnen in Ihrem schweren Amt ein bißchen beizustehen. Ich habe nämlich momentan gerade nicht viel zu tun, so macht mir das wirklich gar nichts aus.“

Immer noch ein wenig erstaunt und verlegen, antwortete Lucie: „Sie sind sehr lebenswürdig, Fräulein Welling, aber ich möchte Sie doch lieber nicht belästigen, — übrigens geht es Rama ja auch schon besser.“

„Ich bitte, bitte, geben Sie mir doch keinen Korb,“ lieses Fräulein! Es ist wirklich gar keine Mühe für mich, und offen gestanden: Es ist auch etwas Egoismus dabei, ich will ganz ehrlich sein. Ich suche nämlich etwas Familienanschluss. Ich stehe ganz einsam da. Alle Angehörigen sind tot. Ich bin aus guter Familie, aber wir hatten Malheur, wie das ja so vorkommt im Leben. Na, nun bin ich auf den Erwerb meiner Hände angewiesen. Zum Glück kannte ich von früher her den Samariterdienst, und so ist es mir nicht schwer geworden, mich in meinen neuen Beruf hineinzuarbeiten. Ich stehe mich auch ganz gut dabei und habe mir sogar schon etwas erspart. — Also weisen Sie mich nicht ab, liebes Fräulein, ich werde Ihnen gewiß auch nie zur Last fallen! Nur nicht so ganz allein möchte ich immer sein, man spricht doch auch mal gern ein Wort, wenn man freie Zeit hat.“

Lucie lächelte. Das alles kam so harmlos und natü heraus, daß man sich für die Schwester interessieren konnte. Mäherdem erblickte sie in dem Schicksal dieses einsamen Mädchens ja ein gutes Stück ihres eigenen Lebens. Und so ließ sie denn ihre anfänglichen Bedenken schwinden und nahm den Vorschlag der Nachbarin an, denn ein wau

Bestand und verständnisvolle Pflege konnte sie für die kranke Rama ja wirklich recht gut brauchen, da ihre eigenen Kräfte doch recht oft schon bedenklich nachließen.

So sprach sie also mit der Rama und wußte sich ste zu überreden, so daß man den Bestand der freundlichen Nachbarin dankbar annahm. Fräulein Welling, die sich von nun an als Schwester Marie einführte, war natürlich hochbeglückt und tat alles, um sich bei Mutter und Tochter — denn Kurt bekam sie fast nie zu Gesicht — beliebt und unentbehrlich zu machen. Der kranke Rama war bald geholfen, denn unter der verständnisvollen Pflege gesundete sie fast zusehends. Und Lucie war mit dem neuen Hausgast auch gebiert, da sie jetzt nicht mehr so ganz einsam und zum Grübeln verdammt war.

So gestaltete sich alles zum besten, und das freundliche, humorvolle Wesen der Schwester Marie brachte manchen Sonnenblick in die ernste Stimmung, die bisher über der Familie Braun so drückend gelegen hatte. Manchmal nur kam es der alten Dame so vor, als bligte ab und zu mehr Lebensluft aus den dunklen Augen der Pflegerin, als sich mit ihrem Schwesterberuf eigentlich vertritt, und in solchen Augenblicken hatte Frau Luise manchmal die Einbildung, es müsse unter dieser ernsten Tracht ein ganz tolles Weltkind stecken. Sie hätte sich jedoch, dies zu verraten. Denn sie konnte sich doch eben nur getäuscht haben. Ihre geängstigten Sinne hatten sie sicher nur genort.

Sie sah ja, wie vertrauensvoll Lucie mit der neuen Hausgenossin verkehrte, also war sicher nichts zu befürchten dabei.

In der Tat, Lucie hatte sich merkwürdig schnell an die Schwester Marie gewöhnt. Sie wunderte sich zuweilen selber darüber. Es lag eben etwas so eigenartig Faszinierendes in den Blicken und im ganzen Wesen dieser jungen, energischen und stattlichen Person, dem man sich nicht gut entziehen konnte; und Lucie, die durch ihr Unglück und ihre Einsamkeit erschüttert und still geworden war, fand in diesem Mädchen, das so fest und sicher im Leben stand, und sich trotz seines schweren Berufs einen so sonnigen Humor erhalten hatte, eine recht liebe und angenehme Gesellschaft, und da sie einige Jahre älter war und Welt und Menschen gut kannte, so konnte sie manches von ihr lernen.

So hatte man sich bereits nach einigen Wochen daran an die täglichen Besuche der freundlichen Nachbarin gewöhnt, daß sie den Damen schon fehlte, wenn sie einmal einen Tag lang ausblieb.

Nur Kurt verhielt sich reserviert, er wußte nicht so recht, was er von ihr halten sollte. Ein paar mal, als ihn ein Feuerbild aus ihren dunklen Augen traf, hatte er schnell versucht, einen kleinen Firt anzubandeln, da er aber erdarmungslos abgefallen war, hatte er sich beleidigt zurückgezogen und hielt sich nun ganz abseits.

Schwester Marie hatte noch immer nicht viel zu tun, so daß sie einen Teil ihrer Zeit den Damen Braun widmen konnte. Wenn Lucie bei ihrer Kaseret sah, schaute die Nachbarin interessiert zu und wunderte sich, wie viel Mühe, Fleiß und Geduld dazu gehörte, bis so ein kleines Kunstwerk fertiggestellt war.

Einmal sagte sie: „Wissen Sie, Fräulein Lucie, wenn ich Ihnen so zusehe, kommt mir immer der Gedanke, daß es doch jammerhade ist, wenn Sie Ihre frische, rosige Jugend hier draußen in den einsamen vier Wänden vertrauern wollen.“

Lucie lächelte, und ohne von der Arbeit aufzusehen, trugte sie gelinnlich: „Ja, wo sollte ich denn sonst hin?“

Vom der Tätigkeit des Reichstags.

Berlin. (Funknach.) Nach den Beschlüssen des Reichstags wird der Reichstag am Sonnabend die 2. Sitzung des Jugendbüchereiges in Ende führen. Am Montag sollen die Anträge zur Krisenfürsorge und in weiterer Sitzung das Lebensmittelgesetz am Dienstag und Mittwoch das Handbrotgesetz beraten werden. Mittwoch und Donnerstag sollen der Erörterung von Beamtenbeförderungsgesetzen dienen. Ob dann noch bis zu der Ende der nächsten Woche eintretenden Pause das Republikanengesetz in Angriff genommen werden kann, ist noch nicht entschieden. Die Fortsetzung der Arbeit wird in der nächsten Woche nicht auf die Tagesordnung kommen.

Berlin. (Funknach.) Auf der Tagesordnung des Reichstags sind die Beschlüsse über die Verhandlungen mit Frankreich und über die Center Abklärungsverhandlungen stehen.

Um das Republikanengesetz.

Berlin. (Funknach.) Die Führer der Regierungsparteien hatten es am Donnerstag übernommen, ihren Positionen den vom Reichskabinett angeordneten Beschlüssen über die Verlängerung des Republikanengesetzes zur Annahme zu empfehlen. Dieser Vorschlag sieht die Verlängerung des Gesetzes auf 2 Jahre, aber unter Fortfall des Staatsgerichtshofes zum Zwecke der Republik vor. Die Beschlüsse dieses Reichstages sollen an das Reichsgericht, später an das Reichsverwaltungsgericht übergeben, nachdem sich das Zentrum getrennt bereits mit der Einbringung einer solchen Resolution als Initiativantrag der Reichstagspartei einverstanden erklärt hatte, trat die Reichstagspartei in ihrer Fraktion sich vorbehaltlich heute Freitag vormittag zu einer entscheidenden Sitzung zusammen.

Um 12 Uhr begann aber bereits die Beratung des Reichstages über die Reichstagslage des Hauses. Da bis zu diesem Zeitpunkt bei den Deutschnationalen die Entscheidung noch nicht gefallen war, so ließ die Fraktion eine selbständige Pause einleiten. Nach Beendigung des Reichstages saßen die Deutschnationalen die Verhandlungen fort unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit. In parlamentarischen Kreisen ist man, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages mitteilt, der Meinung, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gegen das vorgeschlagene Kompromiß keine Bedenken geltend machen werden, falls die Entscheidung der Deutschnationalen zustimmend ausfällt.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Kapitalertragssteuer. Die Eisenverbände der Banken sind wegen Beseitigung der Kapitalertragssteuer wiederum beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden. Man hat sie dort gebeten, ihre Bedenken und Wünsche in einer ausführlichen Denkschrift zusammenzufassen, die etwa Ende dieser Woche vorzulegen wird. Die Banken wünschen eine völlige Aufhebung der Steuer, während der Reichsfinanzminister sich nur für ihre Aufhebung bei ausländischen Emissionen bereit erklärt hat.

„Ihr Bloß ist ganz wo anders.“
„Zum Beispiel, wo denn?“
„Diese garten, seinen Händchen sollten überhaupt nicht arbeiten!“
„Oh, wie die Blüten auf dem Felde, nicht wahr? Nur fürchte ich, der liebe Herrgott würde uns dann nicht ernähren.“
„Nein, ernsthaft, Fräulein Lucie, Sie sind wirklich zu schade, um hier zu verkümmern. Jeden Tag merke ich das mehr.“
„Jetzt sah Lucie heiter auf. — Aber Schwester Marie, was ist denn heute mit Ihnen los? So kenne ich Sie ja gar nicht.“
„Oh, ich habe mir schon lange vorgenommen, darüber mal mit Ihnen zu sprechen, Fräulein; — ganz ernsthaft, dieses Leben hier können Sie doch nicht so weiterführen, sonst sind Sie ja in ein paar Jahren verkümmert und verbittert.“
„Ja, mein Himmel, wie sollte ich denn unser Dasein anders gestalten? Ich muß doch arbeiten!“
„Anjann! Eine Dame wie Sie gehört in die Welt. So viel Schönheit und Anmut muß bewundert werden. Ich sage Ihnen, mancher Mann, wenn er Sie sähe, würde Ihnen ein Schloß einrichten.“
„Jetzt lachte Lucie hell auf. — Schwester Marie, Sie sind heute direkt tölplich!“
„Lachen Sie nur, mir ist es sehr ernst damit.“
„Glauben Sie wirklich, ich warte auf solchen edlen Märchenprinzen?“
„Warten — was heißt warten! Wenn Sie hier draußen sitzen, können Sie warten, bis Sie zur Mumie verrotten sind!“
„Ra also!“
„Sie müssen sich eben leben lassen! Das ist es!“
„Wirklich, Schwester, heute sind Sie drollig!“
„Ach was, drollig! Ich meine es gut mit Ihnen, ich will doch nur Ihr Bestes.“
„Ja, so führen Sie mir doch einen Prinzen zu!“
„Ganz ausgelassen klang es.“
„Doch die Schwester blieb ernst. — Also nochmals, Fräulein Lucie, wenn Sie Ihre Zeit nutzen wollen, dann dürfen Sie hier draußen nicht ewig hocken bleiben.“
„Ja, du einziger Gott, wo soll ich denn hin! Ich kann doch mein Rütchen nicht allein lassen!“
„Brauchen Sie alles nicht. Aber Sie müssen sich ab und zu mal draußen sehen lassen, mal in die Oper, ins Theater, zu Konzerten, auch mal zu einem Ball oder Kostümfest. — Man muß doch erst mal da drinnen im Berlin wissen, daß Sie überhaupt auf der Welt sind!“
„Lucie wurde nachdenklich. Dann schüttelte sie den Kopf und erwiderte still: „Rein, Schwester Marie, den Rat kann ich nicht brauchen.“
„Und warum denn nicht?“
„Weil mir das alles eine verschlossene Welt ist, weil mir dazu kein Geld übrig haben.“
„Ach, liebes Fräulein, das sieht alles schlimmer und teurer aus, als es in Wirklichkeit ist; wenn man Berlin so kennt, wie ich es kenne, dann weiß man sich solche Genüsse auch billiger zu verschaffen.“
„Das verstehe ich nicht.“
„Und doch ist es so einfach. Sie brauchen zum Beispiel nur zu sagen, ob Sie heute mit in die Oper zum Laubhauer wollen. Billets sind schon hier. Da sind sie.“

Die Lage auf dem Getreidemarkt. Die Getreidepreise sind in der letzten Zeit nicht unwesentlich gestiegen. Den Anstoß zu dieser Preissteigerung haben die steigenden Anforderungen der Lebensmittelindustrie gegeben, denen auf der anderen Seite ein starkes Einfuhrbedürfnis der europäischen Reichständer gegenüberstand. Die Preissteigerung hat sich in härtester Weise auf Weizen als auf Roggen und Weizen nur etwa 10 Mark betrug, ist sie gegenwärtig auf rund 30 Mark angewachsen. Wenn auch mengenmäßig noch wie vor keine Besorgnis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zum Einsetzen der neuen Ernte besteht, so läßt doch das starke Einfuhrbedürfnis einiger europäischer Länder es wünschenswert erscheinen, einer härteren Ausfuhr deutschen Brotgetreides rechtzeitig entgegenzutreten. Dies kann am zweckmäßigsten dadurch erreicht werden, daß bis zum Einsetzen der neuen Ernte, d. h. bis zum 31. Juli d. J. bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Speltz, Gerste und Hafer Einfuhrzölle nicht erteilt werden. Deshalb hat die Reichsregierung eine Vorlage eingebracht, die bereits die Zustimmung des Reichstags gefunden hat und in den nächsten Tagen im Reichstag erledigt werden soll.

Lucie war starr. Wirklich, die Schwester hatte zwei Parterribillets für die Oper, das begriff sie nicht. Lächelnd sagte die andere: „Sehen Sie, das sind nämlich Freibillets. Und wenn ich will, kann ich so was zu allen Theatern haben. Man muß nur die richtigen Beziehungen haben. Das ist der ganze Trick.“
„Ja, wie ist so etwas nur möglich?“
„Es ist hier eben so ziemlich alles möglich. Durch meine weitverzweigten Verbindungen und Bekanntschaften mit Künstlerinnen, denen ich oft zur Hand sein muß mit Kassieren und Managern, — das mache ich nämlich nebenbei auch! — Dadurch habe ich Gelegenheit, so viel Konzerte zu besuchen, wie ich nur will, ja, oft lasse ich sogar die meisten Billets direkt verfallen, weil ich keine Verwendung dafür habe. Sehen Sie, das ist das ganze Geheimnis.“
Lucies Gesicht klärte sich auf. „Aber, Schwester Marie, das ist ja ganz prachtvoll! Darum könnte ich Sie schlankweg beneiden!“
„Wieso beneiden? Brauchen Sie doch gar nicht. Mehr als ein Billet brauche ich doch nie, also können Sie stets das zweite bekommen.“
„Das wäre ja einfach herrlich!“
„Ra, ja, gehen Sie heute abend mit in die Oper?“
„Ohne Frage, ich schwärme ja dafür!“
„Schön, dann ziehen Sie sich schnell um, damit wir vor Beginn das Publikum noch ein bisschen mustern können. Aber machen Sie sich möglichst elegant, denn wir haben gute Plätze, und im Foyer zeigen die Damen gern ihre Toiletten.“
Freudig nickte Lucie ihr zu. Sie war plötzlich wie umgewandelt, das Recht der Jugend brach sich durch. Die Sehnsucht nach dem Leben, nach der Freude, die sie so lange gewaltig zurückgedrängt hatte, nun war sie plötzlich wieder erwacht und sprudelte mit junger Kraft hervor.
Mit brennend roten Wangen lief sie hinein zur Mutter und teilte ihr schnell alles mit. Frau Luise hörte ihr still zu. Auch sie freute sich, daß ihr armes Mädchen nun ab und zu wieder mal eine kleine Freude haben sollte, dennoch tauchte aber wieder ein ganz leises Mißtrauen in ihr auf gegen die so lebenswundersüchtige Nachbarin.
Indes schweig sie auch jetzt wieder, um der Tochter nicht das so ersehnte Vergnügen zu verderben.
Schon in einer Viertelstunde war Lucie in Toilette. Sie hatte aus den besseren Tagen noch genügend gute Garderobe gerettet und wenn sie auch nicht noch der letzten Mode gekleidet war, so konnte sie sich doch sehr gut in vornehmer Gesellschaft sehen lassen.
Schwester Marie, die einen kostbaren Abendmantel anhatte und wie eine Dame ausah, war durchaus zufrieden mit dem Eindruck, den Lucie machte.
Und so fuhr man denn ab.
Mit heimlicher Beforgnis sah die Mama ihnen nach. — Gleich darauf kam Kurt aus dem Geschäft zurück. Er hatte unten die Damen in einer Drosteie gesehen und fragte ganz erstaunt, was denn passiert sei. Mit ausführlichen Worten berichtete die alte Frau, was geschehen war. Darauf schüttelte Kurt mißbilligend den Kopf und sagte: „Ihr habt euch ja merkwürdig schnell mit dieser freundlichen Nachbarin angefreundet.“
„Wieso, hast du kein Vertrauen zu ihr?“ fragte die Mama voll Beforgnis.
„Das will ich nicht sagen. Aber man weiß nicht so

Strengemäßigten.

- Constate.
- Maria. Haherstraße: 7/8 Uhr Predigtgottesdienst (Schroeter). Erl. Straße: 9 Uhr Predigtgottesdienst über Matth. 28, 18-20 (Schroeter). Rindemannstraße: „Gott ist mein Gott!“ für Chor und Orgel von U. von Reibowen. 11 Uhr Rindergottesdienst (Friedrich). — Mittwoch, 18. Mai 1937: 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus (Friedrich). — Wochenamt für Rindentausen: Schroeter.
- Soudeff. Weinsied. Höhe Str. 9. Sonntag abend 8 Uhr Bibelstunde. Dienstag: Evangelisation.
- Gräbe. 9 Uhr Predigt über Matth. 28, 18-20 (Stempel). Abend 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus (Hof. 8, 5-7). — Dienstag früh 7 Uhr Anpacht (Hof. 8, 5-7). Abend 7/8 Uhr Bibelstunde mit Frauen und Mädchen (1. Kor. 12, 2. Teil). — Donnerstag abend 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus (Hof. 8, 5-7).
- Wesba. Norm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Unterredung mit den konfirmierten Mädchen.
- Wank. 7/8 Uhr Predigt. 8 Uhr Gottesdienst und Abendmahl (W. Ludewig) in der Pfarrkirche. 1 Uhr Unterredung mit den Konfirmierten. 2-4 Uhr Jungmädchenbund in der Kirche. — Donnerstag 8 Uhr abends Frauenbund in Oelitz.
- Wohlsch. 8 Uhr Segensgottesdienst. — Donnerstag, 19. Mai, abends 8 Uhr Frauenverein im Gasthof Gabelseld. — Freitag, 20. Mai, vorm. 9 Uhr Hilfe Wochenkommunion.
- Wesba. 7/8 Uhr Predigt. 8 Uhr Predigtgottesdienst und hl. Abendmahl.
- Wesba. 8 Uhr Segensgottesdienst.
- Wesba. 2 Uhr Rindergottesdienst.
- Wesba. Kirchengemeinschaft durch Herrn Oberkirchenrat Schroeter. 9 Uhr vorm. Gottesdienst, anschließend Kirchengemeinschaft in der Kirche. 2 Ueber von Beethoven für gemischten Chor „Gott ist mein Gott!“ 11 Uhr Rindergottesdienst. 7/8 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend der letzten drei Jahrgänge. — Mittwoch 8 Uhr Jungmädchenverein (Bibelstunde). — Donnerstag 8 Uhr Jungmännerverein.
- Wesba. Dorf. 8 Uhr Predigtgottesdienst (Schroeter). Kollekte für Landeskirchengesamtheit. 11 Uhr Rindergottesdienst. 2 Uhr Konfirmierten-Unterredung. — Dienstag 8 Uhr Jungmädchenverein. — Mittwoch 7/8 Uhr Frauenverein in Steinert's Kantine (Hauptl.).
- Wesba. Saar. 7/10 Uhr Predigtgottesdienst (Wintler). Kollekte. 11 Uhr Rindergottesdienst. — Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde (L. O.).
- Wesba. 7/11 Gottesdienst, danach Aufnahme der neuen Konfirmanden. Diese und ihre Eltern werden hierzu herzlich und dringend eingeladen. Erweisen Sie sich. 1 Uhr Rindergottesdienst. — Dienstag: Fünflinge. — Freitag: Jungfrauen. — Dienstag 7/8 Uhr Waldpalliarung des Frauenvereins. — Donnerstag 8 Uhr Bibelstunde.

recht, wie man bei ihr dran ist. Jedenfalls würde ich mir sehr überlegen, ob es der richtige Verzeir für Lucie ist. „Das arme Mädchen tut mir nur so leid. Ein bisschen Vergnügen muß sie doch auch haben, sonst weiß sie ja gar nicht, daß sie jung ist.“
„Das beste wäre schon, sie heiratete,“ sagte er kurz. „Erlaubt sie Frau Luise auf. — Was heißt das, Kurt? Was willst du damit sagen?“
„Nun, sehr einfach, es ist ein Mann da, der Lucie sehr gern sofort nehmen würde. Jensen ist es.“
„Was du sagst! Ganz übermäßig erlaubt war die alte Frau.“
Mit wenigen Worten berichtete Kurt, was er von der Angelegenheit wußte und wie weit sie bis jetzt gediehen war. Und als das Erlauben Ramagens noch immer nicht nachlassen wollte, fügte er die dringliche Bitte zu: „Nach meiner Meinung wäre es wirklich das Beste, wenn du Lucie gut zuredest, daß sie den Antrag Jensens, sobald er eben einen macht, nicht zurückweist.“ Dann ging er in sein Zimmer, sich umzukleiden, denn die Sehnsucht nach dem Leben da draußen ließ ihn niemals lange dabein verweilen; er fühlte das dringende Bedürfnis, alle Gedanken an seine geschäftliche Tätigkeit zu verbannen und zu verschweigen und erst wieder Mensch unter seinesgleichen zu sein.

Inzwischen waren die beiden Damen auf dem Wege nach dem Opernhaus.
Und als Lucie, so freudiger Erwartung voll, in das wogende Leben hineinfuhr, vergaß sie auf Minuten all den Kummer, der ihre jungen Jahre schon so niederdrückte. Mit lustigen, frohen Augen blickte sie in das Getriebe um sich her, und es war ihr, als könne die glatte Vorlesung ihr das Glück, das auch sie ganz heimlich ersehnte, nicht ewig vorenthalten.
Als Schwester Marie sie so dastehen sah, lächelte sie verhalten ein wenig ironisch. Schnell aber wechselte sie ihre Miene und sagte heiter: „Ra, wie ist Ihnen denn nun? Das ist schon eine andere Sache, als ewig im dumpfen Zimmer zu sitzen, wie?“
„Freudlich nickte Lucie ihr zu.“
„Ra, lassen Sie nur gut sein, ich will schon dafür sorgen, daß Sie nun öfter mal hinauskommen.“
Vor der Oper war bereits reges Leben. Wagen kamen und fuhren. Und ein elegantes Publikum strömte durch das weiche, hellereuchtete, breite Vestibül.
Als beide ihre Mäntel abgelegt hatten, saunte Lucie ihre Begleiterin an, erst jetzt sah sie, daß die Nachbarin in einer strahlend eleganten Robe steckte, die der lange Mantel bisher völlig verdeckt hatte. Sie war ganz sprachlos darüber.
Schwester Marie gewahrte das, und lächelnd sagte sie: „Wundern Sie sich nicht, liebes Fräulein, ich muß schon ein wenig auf gute Toilette halten, das bringt mein Beruf nun mal so mit sich; ich sagte Ihnen ja, daß ich in den vornehmsten Familien zu tun habe, da darf man sich auch im Privatleben nicht zu sehr gehen lassen, sondern muß stets schön angezogen sein.“
Lucie begriff das nicht recht, in dessen sagte sie nichts dazu. Jedenfalls konstatierte sie, daß niemand sie stande war, diese elegante Dame für eine Krankenpflegerin zu halten.

Vermischtes.

Hungersnot in der Herzegowina. In vielen Bezirken der Herzegowina ist infolge der Rostlage der Landwirtschaft eine Hungersnot ausgebrochen. Im Dorf Ruzice sind drei Bauern Hungers gestorben. Auch in vielen anderen Dörfern hat die Hungersnot einen solchen Umfang angenommen, daß viele Leute im Sterben liegen. Der Obergespan und der Kreistag haben die Regierung dringend um Hilfe gebeten.

Unwetter im Rahegebiet. Aus dem mittleren Rahegebiet werden schwere Unwetter gemeldet. Die Gemeinden Dornowitz und Dahnbach haben durch wolkenbruchartige Regengüsse, die Ueberschwemmungen verursachten, besonders schwer gelitten. Das Wasser drang mit solcher Schnelligkeit in die Häuser und Ställe ein, daß das Vieh nur mit großer Mühe gerettet werden konnte. Mehrere Personen mußten aus Lebensgefahr befreit werden. Hagelschlag richtete an den in voller Blüte stehenden Obstbäumen großen Schaden an. Auch die eben erst bestellten Kartoffelfelder haben stark gelitten.

Eisenbahnunglück in Polen. Auf der Schmalstreckbahn, die von Lesna in den Ostmarken zu dem nördlichen Militärübungsplatz führt, entstellte gestern ein Personenzug, der mit 150 Militärpersonen besetzt war. Die Wagen schoben sich mit ungeheurer Kraft ineinander. Ein Offizier und 26 Soldaten wurden verletzt, darunter sechs schwer. Ein Verwundeter ist inzwischen gestorben.

Anschlag auf einen Personenzug in Polen. Bei Baranowice in den ostpolnischen Ostmarken haben unbekannt Täter einen Anschlag verübt. Vor dem Passieren des Warschauer Personenzuges lödeten sie die Schienen und legten an der gleichen Stelle auf das Geleise Pakete, die mit starken Explosivstoffen gefüllt waren. Die den Bahnkörper abgehende Streckenwache entdeckte jedoch den verübten Anschlag noch rechtzeitig und konnte den Zug durch Warnsignale zum Stehen bringen. Erhebungen der polnischen Polizei nach den Tätern sind im Gange.

Großer Briefmarkendiebstahl in Paris. Der Bildhauer Kreuzer aus Mainz, der zur Teilnahme an einem Briefmarkendongress nach Paris gekommen ist, stellte gestern, nachdem er für kurze Zeit sein Hotelzimmer verlassen hatte, fest, daß aus seinem Briefmarkenalbum eine Seite mit Marken im Werte von über 1 Million Franken, darunter einigen Raurittius, herausgerissen und gestohlen worden ist.

Aufdeckung eines Schwindelversuchs. Ueber einen groß angelegten Schwindelversuch mit unnotierten Werten berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: Ein gewisser Cord Müller in Dnabrück erzielte bei R. B. J. einen Anzeigenauftrag, wonach 200 000 Reichsmark Aktien der Hiltstein-Werke A. B. Magdeburg in Etüden zu 20 RM. mit 25 RM. pro Aktie dem öffentlichen Verkehr auf einen Kalendermonat freigegeben werden sollten. Die Etüden sollten nach vier Wochen mit einem Gewinnaufschlag von 10 RM. pro Aktie wieder eingesogen werden. Da dieser Auftrag, der einen Monatszins von 40 Prozent oder Jahreszins von 480 Prozent verspricht, bei R. B. J. unglaublich erschien, zog sie Erkundigungen bei der Dnabrücker Bank ein und stellte fest, daß es sich um einen groß angelegten Betrugsversuch handelte, und daß Cord Müller bereits von der Kriminalpolizei deshalb verhaftet worden sei. Einzelne Zeitungen hatten den Anzeigenauftrag ausgeführt, und in den in Frage kommenden Städten sind die Zweigstellen der Dnabrücker Bank, bei der die Einzahlungen erfolgen sollten, von Interessenten überlaufen worden. Wie die R. B. J. hört, habe Cord Müller sich zur Bezahlung der Hiltstein-Aktien erst die Mittel durch sein Betrugsmännchen beschaffen wollen, denn er verzögere zur Zeit laum über einen Pfennig.

Urteil im Rühener Juweliendiebstahlprozeß. Das Strafgericht München verurteilte nach anderztägiger Verhandlung im Juweliendiebstahlprozeß den Hilfsarbeiter Fischer zu vier Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von zwei Jahren drei Monaten bis sechs Monaten und drei Wochen. Eine Angeklagte wurde freigesprochen. Bei Fischer kam als besonders strafschwerend hinzu, daß es sich bei dem Einbruch in das Juweliergeschäft Schallmayer in der Raimilianstraße um eine Tat handelte, wie sie früher und verwegener kaum ausgeführt werden konnte. Bekanntlich wurden bei dem Einbruch im vergangenen Jahre Wertgegenstände von hohem Werte gestohlen, die jedoch zum größten Teil wieder herbeigeschafft werden konnten.

Große Unterschlagungen beim St. Josephs-Hospital. Die Hörnerin des St. Josephs-Hospitals in Oberhausen, Käthe Weber, die zuletzt den Posten einer kaufmännischen Leiterin des Hospitals bekleidete, hat nach und nach 70 000 Mark unterschlagen. Als die Verfehlungen bekannt wurden, versuchte sie, sich zu erhängen, was ihr jedoch mißlang. Sie ist in Haft genommen worden.

Juwelenraub am Wittenbergplatz in Berlin. Gestern nachmittag wurden am Wittenbergplatz in der Ansbacher Straße die Schaufenster einer Juwelienfirma ausgeraubt, ohne daß die zahlreichen Passanten oder die Ladeninhaber etwas davon bemerkten. Es stellte sich heraus, daß einige halbwüchsige Burschen eine geraume Zeit vor den beiden Schaufenstern, die das Schaufenster des Ladens rechts und links flankieren, gestanden hatten. Sie haben mit ihrem Rücken die Kästen verdeckt und haben, ohne sich umzudrehen, die Scheiben eingedrückt und soviel Ringe und Broschen herausgeholt, als sie aus der Öffnung heraussehen konnten. Sie haben dann mit ihrer Beute ungehindert das Weite gesucht. Der Schaden ist nicht sehr groß und im übrigen durch Versicherung gedeckt.

Krull's Rückkehr in die Strafanstalt. Der auf dem Gefangenentransport am Montag aus dem Polizeilauts entwichene Leutnant a. D. Ernst Krull ist gestern nachmittag durch Rechtsanwalt Bahn wieder in die Strafanstalt Tegel zurückgebracht worden. Am Abend vorher hatte Krull den Rechtsanwalt, der ihn in seinen früheren Prozessen verteidigt hatte, aufgesucht und ihn gebeten, ihm in seiner Gnadenfache Beistand zu leisten. Er versicherte dabei, daß er nicht die Absicht habe, sich dauernd der Strafe zu entziehen, sondern daß seine Flucht aus dem Gefängnis lediglich eine Flucht in die Desorientiertheit sein sollte. Krull hat von der ihm auferlegten Strafe von neun Monaten noch sechs Monate zu verbüßen. Der den Transport begleitende Strafanstaltswachmeister und der Kraftwagenfahrer sind übrigens sofort vom Dienst abgestellt worden, und es wird gegen sie eine Untersuchung eingeleitet werden, ob sie sich einer schuldigen Gefangenensbefreiung schuldig gemacht haben.

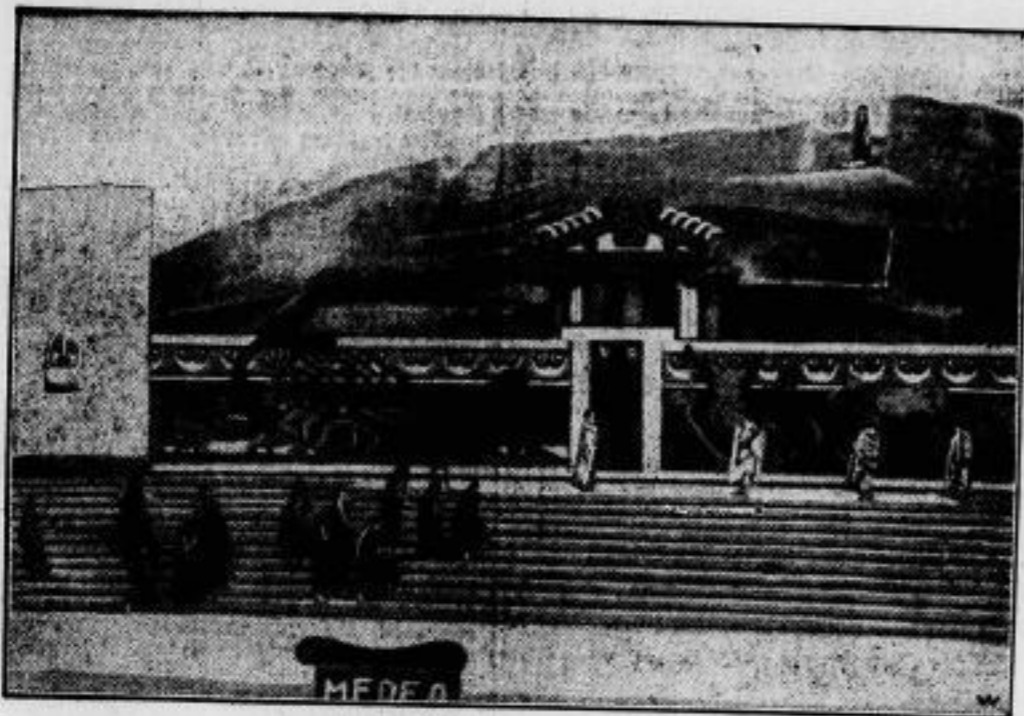
Ein Schüler als Räuber. Ein unglaublich früher Ueberfall wurde am Donnerstag vormittag von einem seiner Eltern davongelauenen erst 16 Jahre alten Schüler Wilhelm Rosten aus Letmathe l. Westf. auf die Inhaberin des in Schöneberg Bauhener Platz 4 gelegenen Seifengeschäft, Frau Auguste Stahn, ausgeführt. Die Ueberfallene betreibt in dem genannten Hause ein Toilet-



Arthur Schnitzler 65 Jahre alt. Der bekannte Wiener Schriftsteller und Graf Arthur Schnitzler, der Dichter kurzer Einakter und des Dramas „Die Gebelei“, feiert am 15. Mai seinen 65. Geburtstag.



Strefemann in Bad Döbrnhausen. Reichsanheimminister Strefemann hielt sich hierer Tage in Bad Döbrnhausen auf und besichtigte Europas erziehbildesten Thermal-Roblenläure-Sprudel.



Delphi als Reispielstadt. In dem alten antiken Theater von Delphi (Griechenland) wird jetzt alljährlich eine Tragödienfaisn veranstaltet, die im Frühling stattfindet und eine Woche dauert. In diesem Jahre wurde zunächst die Medea des Euripides gegeben.



Ein neues Pariser Verthoven-Denkmal, das neben der Oper aufgestellt werden soll, hat der berühmte Bildhauer Venet geschaffen.



Wird der zweite Atlantik-Flug besser gelingen? Der amerikanische Flieger Clarence Chamberlain beabsichtigt zur Zeit einen etappenlosen Flug New-York-Paris als Gegenflug zu dem leider gescheiterten Versuch des Franzosen Kuntzeher. Unser Bild zeigt den Amerikaner vor seinem Velocita Eindecker, mit dem er fliegen wird.

